



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

ZEHN JAHRE MITGLIED DER EUROPÄISCHEN UNION

■ ANALYSE	
Polen in Europa – zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union	2
Stefan Garsztecki, Chemnitz	
■ STATISTIK	
Außenhandel und EU-Transfers	7
■ UMFRAGE	
Einstellungen zur EU	10
<hr/>	
■ CHRONIK	
15. April – 5. Mai 2014	26

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Polen in Europa – zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Stefan Garsztecki, Chemnitz

Zusammenfassung

Zehn Jahre Mitgliedschaft Polens in der EU sind fast durchweg eine Erfolgsbilanz. Der Aufholprozess des Landes gegenüber den entwickeltesten Ländern Westeuropas ist ein gutes Stück vorangekommen, EU-Mittel flossen in großem Umfang nach Polen und sorgten für einen erheblichen Modernisierungsschub. Begleitet wird diese Entwicklung von anhaltend hohen Zustimmungsraten zur EU in der Bevölkerung. Auch die skeptischen Stimmen gegenüber dem europäischen Integrationsprozess, die in Polen nicht fehlen, sind keineswegs mit den europafeindlichen Rechtspopulisten in Ost wie West zu vergleichen. Schließlich ist auch in der Gesellschaft ein Europäisierungsschub zu beobachten, da normative Diskurse über grundlegende Werte heute auch in Polen ausgetragen werden.

Ein schwieriger Start

Als im Juni 2003 in Polen das Referendum über den Beitritt Polens zur EU durchgeführt wurde, waren die Meinungen zur Mitgliedschaft in der EU geteilt. Von Kritikern wurden der Verlust der nationalen Souveränität und Identität und eine Dominanz Brüssels oder – noch schlimmer – Deutschlands in den Vordergrund gestellt. Anhänger einer polnischen Mitgliedschaft verwiesen auf den zu erwartenden Modernisierungsschub durch Brüsseler Gelder und manche Vertreter gesellschaftlicher Organisationen erwarteten auch einen Wertewandel, z. B. eine bessere Durchsetzung von Frauenrechten oder den breiteren, weil von der EU abgedeckten Schutz von Minderheitenrechten. In Umfragen aus dem Jahr 2003, die das Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung (*Centrum Badania Opinii Społecznej – CBOS*) im März 2003 durchführte, ging klar hervor, dass die Mehrheit der Polen (65 %) eine Union von größtmöglich unabhängigen Nationalstaaten wollte – das auch sicherlich im Ergebnis der nationalen Debatte, die gerade in dieser Hinsicht Ängste und Besorgnisse formuliert hatte. Hinsichtlich des Umwelt- und Konsumentenschutzes, der Verteidigungspolitik, der Höhe der Zölle im Handel mit Nicht-EU-Staaten und bezüglich des Grenzschutzes wurde der EU eine mitgestaltende Rolle in der Zusammenarbeit zugestanden, aber in der Außen- und Wirtschaftspolitik, der Steuerpolitik, der Sozial- und Bildungspolitik und bei moralischen Fragen wie dem Schwangerschaftsabbruch wünschten sich die Befragten im März 2004 eine fortwährende Dominanz des Nationalstaates. Allerdings unterschieden sich diese Ergebnisse erheblich, je nachdem ob es sich bei dem Befragten um einen Anhänger einer europäischen Föderation oder einen Vertreter einer eher konföderalen Union handelte. Vor dem Hintergrund dieser Umfragedaten war die klare Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft im Referendum im Juni 2003 mit 77,45 % bei einer für polnische Verhältnisse sehr hohen Wahlbeteiligung von 58,85 % erstaunlich.

Interessant waren auch Fragen danach, was Polen der EU anzubieten haben werde. Hier wurden bei einer Umfrage im Juni 2004 an erster Stelle billige Arbeitskräfte, traditionelle Werte, hochwertige landwirtschaftliche Produkte und der polnische Absatzmarkt genannt. Schließlich wurden als Staaten mit dem größten Einfluss auf das Funktionieren der EU Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien erwähnt, während Polen mit 4 % erst an 13. Position in diesem Ranking auftauchte – noch deutlich hinter den Niederlanden oder Belgien.

Die Erwartungen an die EU-Mitgliedschaft waren damit vor gut zehn Jahren in ökonomischer Hinsicht eher positiv hinsichtlich weiterer Modernisierung und Arbeitsmöglichkeiten, in politischer Hinsicht bezüglich eines steigenden polnischen Einflusses skeptisch und mit Blick auf eine europäische Föderation ablehnend, und in kultureller Hinsicht schwankten die Einschätzungen zwischen einem polnischen Beitrag zu einem Europa der Werte und Befürchtungen vor einem Verlust der eigenen nationalen Identität.

Die ökonomische Bilanz der Mitgliedschaft: Transferleistungen von Brüssel und Modernisierung des Landes

Der Vergleich der makroökonomischen Daten Polens der Jahre 2004 und 2014 spricht eine deutliche Sprache. Die Arbeitslosigkeit ist mit 13,5 % zwar immer noch hoch im Jahr 2014, aber deutlich niedriger als mit 19,5 % im Jahr 2004, das Bruttosozialprodukt hat sich auf 1,6 Billionen Zloty fast verdoppelt und aus 765 km Autobahn wurden 2 847 km, wie Bankier.pl, ein Internetportal mit Informationen zur ökonomischen und finanziellen Situation Polens, in diesen Tagen festhielt. Auch die Arbeitsproduktivität hat danach um 25 % in diesem Zeitraum zugenommen, wie sich auch die Zahl der werk-tätigen Bevölkerung auf 15,7 Millionen Menschen Ende 2013 vergrößert hat. Der Einfluss der EU ist auf diesen Feldern zumindest mittelbar durchaus vorhanden und

nachvollziehbar. Sei es durch den EU-Beitrag bei der Finanzierung der Autobahnen und Schnellstraßen, sei es durch EU-Normen, die bessere Arbeitsbedingungen in Polen herbeiführten, oder sei es durch den zollfreien Handel in der EU, der dem polnischen Export hilft. Der Anteil des Handels mit Deutschland am gesamten Im- und Export Polens lag im Jahr 2012 bei 21,3 % bzw. 25,1 %, was Deutschland zum wichtigsten Handelspartner macht, obgleich der Anteil gegenüber 2005 etwas zurückgegangen ist. Der Export war überhaupt in den letzten zehn Jahren ein wichtiger Motor des polnischen Wirtschaftswachstums. Betrug der Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt (BSP) in die EU-Länder im Jahr 2003 noch 26,9 %, so wuchs der Anteil im Jahr 2013 auf 35,6 %. Hauptwarengruppe waren Elektromaschinen, obgleich der größte Zuwachs bei den landwirtschaftlichen Produkten erfolgte. Ferner wurden in erheblichem Umfang auch chemische Produkte, Möbel oder hauswirtschaftliche Produkte in die EU-Länder exportiert. Schließlich nimmt, wie aus Daten der Weltbank bzw. von Eurostat hervorgeht, auch der Anteil von sogenannten Hightech-Produkten am polnischen Export zu, aber auch hier liegt Polen u. a. hinter Ungarn, Tschechien oder Estland.

Auch ein Ende April dieses Jahres vom polnischen Außenministerium veröffentlichter umfangreicher Bericht unter dem Titel »Die polnischen zehn Jahre in der EU« (*Polskie 10 lat w Unii*) kommt zu einem überaus positiven Fazit der polnischen EU-Mitgliedschaft, was angesichts der politischen Verantwortung des aktuellen Ministerpräsidenten Donald Tusk von der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) seit seinem Regierungsantritt im Herbst 2007 wenig überraschend ist. Zu diesen Erfolgen werden das anhaltend starke Wirtschaftswachstum, der Vermögenszuwachs der Gesellschaft und die wachsende Konkurrenzfähigkeit der polnischen Unternehmen gezählt. Polen hatte in den Jahren nach 2004 das höchste Wirtschaftswachstum der neuen EU-Mitgliedsländer und kam auch als einziges EU-Land durch die Jahre der Finanzkrise mit einem immer noch positiven Wirtschaftswachstum. Dazu trug auch bei, dass die polnischen Banken sich relativ wenig im globalen Handel mit diversen Finanzprodukten engagierten. Das polnische BSP pro Kopf betrug im Jahr 2012 gemessen in Kaufkraft 66,9 % des EU-Durchschnitts, was einen Anstieg um 18,1 % gegenüber dem Jahr 2003 darstellt. Damit liegt Polen als Flächenstaat aber nach wie vor hinter der Tschechischen Republik, Estland oder Slowenien und lediglich im Mittelfeld der neuen EU-Mitgliedsländer, aber die Experten des polnischen Außenministeriums verweisen in diesem Kontext auf den größeren Rückstand Polens im Jahr 2003. Zudem seien die Löhne in Polen stärker gestiegen als

die Lebenshaltungskosten, was real einem Vermögenszuwachs gleichkomme. Dafür spricht auch die Entwicklung des Gini-Indexes, der die Verteilung von Vermögen in einer Gesellschaft misst. Je höher der Gini-Koeffizient, desto ungleicher die Vermögensverteilung. In Polen lag der Gini-Koeffizient im Jahr 2005 bei 35,6 % und fiel auf 30,9 % im Jahr 2012. Deutschland hatte im gleichen Bezugsjahr einen Gini-Koeffizienten von 28,3 %. Auch der Anteil der Menschen in der Gesellschaft, die von Armut bedroht sind, hat sich nach Angaben von Eurostat im Jahr 2012 gegenüber den Daten aus dem Jahr 2005 deutlich verringert und nähert sich mit 17,1 % dem EU-Durchschnitt von 16,9 % an. Auch hier nimmt Polen aber nur einen mittleren Wert unter den neuen Mitgliedsstaaten der EU ein und liegt hinter Ungarn – trotz der dortigen Wirtschaftskrise –, Slowenien, der Slowakei und Tschechien.

Im Vorfeld des polnischen Beitritts zur EU im Jahr 2004 wurde von Gegnern dieser Entwicklung als Alternative über einen Beitritt zur Nordamerikanischen Freihandelszone diskutiert. Allerdings ist sehr zu bezweifeln, ob Polen in diesem Fall ähnlich anziehend für ausländische Investoren gewesen wäre, wie es sich heute darstellt. Polen ist mit deutlichem Abstand für ausländische Direktinvestitionen das attraktivste Land der neuen EU-Mitgliedsländer und erhielt im Jahr 2012 knapp 34 % der ausländischen Direktinvestitionen aus der EU in den zehn neuen ostmitteleuropäischen Mitgliedsländern. Interessant ist auch, dass die ausländischen Investitionen polnischer Firmen im Jahr 2012 43 % aller ausländischen Direktinvestitionen in der Region ausmachten. Polnische Firmen sind damit heute sehr viel internationaler aufgestellt als noch vor zehn Jahren.

Ein wesentlicher Anteil an diesem Aufholprozess kommt auch den Mitteln aus den EU-Strukturfonds zu. Bis Ende des Jahres 2013 sind gerechnet ab dem 1. Mai 2004 92,4 Milliarden Euro aus dem EU-Budget nach Polen geflossen. Selbst wenn man den Beitrag Polens in die EU-Kasse in Höhe von 30,9 Milliarden Euro abzieht, bleibt ein gigantischer Transfer nach Polen bestehen.

Ein wichtiger Bereich, der vor dem Jahr 2004 skeptisch beäugt wurde ob der Anzahl seiner Beschäftigten und dem geringen Modernisierungsgrad, ist die polnische Landwirtschaft. Bauern kommen nun in den Genuss der Direktzahlungen, der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten mit EU-Ländern ist zollfrei und für die Lebensmittelindustrie wurden die EU-Normen angewandt, was sich sowohl auf die Qualität der Produkte wie auch auf die Exportchancen positiv ausgewirkt hat. Die über 29 Milliarden Euro, die zwischen 2004 und 2014 in das polnische Dorf geflossen sind, haben dort einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung geleistet, z. B. durch den Bau von Kanalisation

und Wasserleitungen oder durch die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe. Allerdings geht aus dem Bericht des polnischen Außenministeriums »Die polnischen zehn Jahre in der EU« nicht hervor, in welchem Umfang diese Mittel auch effektiv in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Die Direktzahlungen an die Landwirte sind Einkommenssubventionen, die den Strukturwandel begleiten, bis zu einem gewissen Grad aber auch bremsen. Die im Bericht genannte Zahl von 11.000 Menschen, die eine Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft annehmen, ist sehr gering, wenn Experten des staatlichen Instituts für Landwirtschaftsökonomie und Lebensmittelwirtschaft (*Instytut Ekonomiki Rolnictwa i Gospodarki Żywnościowej*) in Warschau im Jahr 2012 von mehr als 600.000 nicht benötigten Arbeitskräften in der Landwirtschaft ausgingen! Die Produktivität je Hektar ist gleichwohl in Polen in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen, so dass Polen in der Region nach Slowenien eine Spitzenposition einnimmt. Allerdings ist damit nur die Hälfte der Produktivität Deutschlands je Hektar erreicht. Angesichts dieser großen Transferleistungen nimmt es nicht Wunder, dass sich die polnischen Bauern von Euroskeptikern zu Euroenthusiasten entwickelt haben. Trotz der auf dem Land eher verbreiteten konservativen Werte, die dazu führen, dass die EU tendenziell eher kritisch wahrgenommen wird (Stichwort Werteverfall), sahen im Oktober 2013 71 % der Bauern die EU-Mitgliedschaft Polens als positiv an bei einer allgemeinen Zustimmungsrate von 76 % (Herbst 2013) nach Daten von CBOS und der Firma Lokale Gesellschaftsanalysen (*Lokalne Badania Społeczne*).

Im Kontext der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Polens darf nicht vergessen werden, dass die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt mit der massiven Auswanderung von Polen zu tun hat. Nach dem Beitritt Polens zur EU sind 2,4 Millionen Polen zur Arbeitsaufnahme in EU-Länder gereist, von denen allerdings ein Teil nur zeitweise im Ausland weilte bzw. als Saisonarbeiter von vorn herein nur einen temporären Aufenthalt geplant hatte. Im Jahr 2012 waren etwa 1,7 Millionen Polen zur Arbeit im EU-Ausland, mit anderen Zielregionen etwa 2,13 Millionen nach Angaben des polnischen Statistischen Hauptamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*). Hauptherkunftsgebiete in Polen waren die Woiwodschaft Oppeln (*województwo opolskie*) im Westen und die Woiwodschaften Heiligkreuz (*województwo świętokrzyskie*) in der Mitte und Karpatenvorland (*województwo podkarpackie*) im Südosten des Landes, alle ökonomisch schwache Regionen. Neben den positiven Effekten dieser Migration (die im Übrigen in anderen neuen EU-Mitgliedsländern noch weit höher ausfällt), wie Transferleistungen aus dem Ausland nach Polen und Entlastung des Arbeitsmarktes, verliert Polen

häufig dauerhaft mobile und in der Regel junge Menschen bzw. ist die familiäre Situation der Pendelmigranten schwierig, insbesondere für die Kinder. Hier kann weniger von Modernisierung als von hohen sozialen Kosten der Transformation gesprochen werden, selbst wenn die individuelle Bilanz am Ende positiv sein kann.

Politische Bilanz: Mitspracherecht in Brüssel und Gestalter von EU-Politik

Sowohl der polnische Staatspräsident Bronisław Komorowski als auch Ministerpräsident Donald Tusk unterstrichen in den letzten Tagen in Reden die große Bedeutung, die die Mitgliedschaft Polens in der EU für das Land und seine Entwicklung gehabt habe und weiterhin darstelle. Während Präsident Komorowski in allgemeinen Worten auf den polnischen Weg in die EU nach 1989, auf Umfragedaten, die Transferleistungen von Brüssel nach Warschau und die damit verknüpfte Modernisierung z. B. der Infrastruktur abstellte, verwies Regierungschef Tusk auf die heute deutlich besseren makroökonomischen Daten. Der vom polnischen Außenministerium vorgestellte und bereits erwähnte Bericht betont aber auch politische Gewinne durch die Mitgliedschaft.

Erwähnt werden im Bericht an erster Stelle die Teilnahme Polens an wichtigen Debatten, die Aushandlung eines sogar leicht höheren absoluten Anteils Polens an den EU-Strukturmitteln für die Jahre 2014–2020 und die bessere Reputation und Verhandlungsposition Polens in den EU-Institutionen und der EU insgesamt. Verwiesen wird auch auf die sicherlich für die Interessendurchsetzung innerhalb der EU wichtige elastische Koalitionsfähigkeit, aber der Verweis auf die Belebung des Weimarer Dreiecks, also die informelle Abstimmung mit Frankreich und Deutschland seit August 1991, vermag ebenso zu überzeugen wie die Hervorhebung der guten Kooperation im Rahmen der Visegrád-Gruppe, die seit Februar 1991 informell die Bemühungen der drei und dann – nach Auflösung der Tschechoslowakei – vier Länder Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen im Kontext der EU koordiniert. Jedoch spielte in wichtigen europäischen Krisen das Weimarer Dreieck entweder keine Rolle oder konnte wie im Fall der aktuellen Ukraine-Krise nur kurz eine Vermittlerrolle einnehmen, und im Rahmen der Visegrád-Gruppe finden zwar weiterhin Abstimmungsprozesse statt, aber die Unterschiede zwischen den Ländern sind hinsichtlich der EU doch beträchtlich, wenn man nur an den EU-kritischen Kurs des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán denkt, so dass das im Bericht unterstrichene gleiche Stimmengewicht der Visegrád-Gruppe gegenüber dem Block Deutschland und Frankreich, je Block 58 Stimmen im Rat, nur wenig zum Tragen kommen kann.

Die politische Stabilität und Zuverlässigkeit in EU-Fragen, die Polen z. B. von Ungarn und auch von Tschechien unterscheidet, hat gemeinsam mit der guten Wirtschaftslage und dem ökonomischen und demographischen Gewicht des Landes dazu beigetragen, dass Polen als wichtiger Akteur in der EU wahrgenommen wird. Dazu hat nicht zuletzt auch die erfolgreiche EU-Ratspräsidentschaft Polens in der zweiten Jahreshälfte 2011 beigetragen, als zwar kein gordischer EU-Knoten durchschlagen wurde, aber die polnische Vermittlung in der Hochphase der europäischen Finanzkrise ebenso positiv in den Hauptstädten der EU notiert wurde wie die polnischen Initiativen für den EU-Finanzrahmen 2014–2020. Polen erwies sich als zuverlässiger europäischer Partner und zugleich als Anführer von 15 EU-Mitgliedsländern, die sich als »Freunde der Kohäsionspolitik« in den folgenden Jahren für eine Fortführung der bisherigen Kohäsionspolitik auch in ihren finanziellen Dimensionen einsetzten. Letztlich mit Erfolg, da im neuen, im November 2013 vom EU-Parlament angenommenen Haushalt für die Jahre 2014–2020 die Kohäsionspolitik unter dem Titel »Kohäsion für Wachstum und Zusammenarbeit« mit 33,9% bzw. 325,1 Milliarden Euro den zweitgrößten Haushaltsposten nach dem Titel »Schutz und Verwaltung natürlicher Lebensgrundlagen« (38,9% bzw. 373,2 Milliarden Euro), also Agrarpolitik und Entwicklung ländlicher Regionen, darstellt.

Zweifelloso einen Erfolg der polnischen Politik in der EU stellt auch die östliche Partnerschaft dar, die im Mai 2009 formal auf dem EU-Gipfel in Prag aus der Taufe gehoben wurde und die auf eine polnische Initiative mit Unterstützung Schwedens zurückzuführen ist. Teil dieses Programmes, das sich im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik an die sechs postsowjetischen Republiken Aserbaidschan, Armenien, Belarus, Georgien, Moldawien und Ukraine richtet, ist auch ein zivilgesellschaftliches Forum. Allerdings wird das Programm heute unterschiedlich von den Ländern angenommen, und die von Polen damit verknüpften Ziele, die Demokratie und Zivilgesellschaft in den postsowjetischen Republiken mit Hilfe der EU zu stärken, kommen nur mühsam voran.

Auch auf anderen Politikfeldern wie der Energiepolitik oder der Klimapolitik hat die polnische Stimme innerhalb der EU deutlich mehr Gewicht, als die Polen in den eingangs erwähnten Umfragen zu träumen wagten.

Naturgemäß stellt sich die Bilanz für die wichtigste polnische Oppositionspartei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) deutlich negativer dar. In ihrem aktuellen Programm aus dem Jahr 2014 geht PiS kaum auf die zehn Jahre der polnischen EU-Mitgliedschaft ein, wirft aber der Regierung Tusk vor, die

EU-Mittel nicht gut genutzt zu haben. Die EU, zu der sich PiS grundsätzlich bekennt, steht nach Ansicht der Partei vor neuen Trennlinien, und PiS möchte der EU eine neue Dynamik verleihen, dabei aber die nationalen Besonderheiten und das polnische Nationalinteresse stärker im Blick haben. Die Analyse der heutigen Situation der EU weicht dabei nicht allzu weit von der Regierungsposition ab, wo auch die Gefahr neuer Gräben innerhalb der EU entlang der Mitgliedschaft im Euro-Raum bzw. der Nicht-Mitgliedschaft gesehen wird. Aber während die Regierung nach wie vor auf die Erfüllung der Kriterien für eine Mitgliedschaft setzt, votiert PiS klar für die Beibehaltung und Stärkung des polnischen Zloty.

Sehr viel entschiedener und EU-kritischer tritt das nationale Lager auf. In einem Beitrag in der rechtsnationalen Tageszeitung »Nasz Dziennik« wird die zehnjährige Mitgliedschaft Polens in der EU eher als Niederlage gesehen. Verwiesen wird auf den Verlust der nationalen Souveränität und die Kontrolle durch die Bürokratie aus Brüssel, auf die Öffnung des polnischen Marktes für ausländische Firmen, die einen unbeschränkten Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben, und auf die billigen polnischen Arbeitskräfte. Zudem seien die polnischen Werften zugunsten der deutschen Werften geschlossen worden und die polnischen Landwirte hätten zu Beginn nur 25% statt 100% der ihnen zustehenden Direktzahlungen erhalten. So gesehen seien die zehn Jahre der Mitgliedschaft vor allem ein Erfolg der EU – eine Ansicht, die von der Mehrheit der befragten Polen, wie noch auszuführen sein wird, nicht geteilt wird.

Gesellschaftliche Bilanz: lernen in Europa

Gar nicht genug können die gesellschaftlichen Veränderungen Polens im Kontext der EU-Mitgliedschaft unterstrichen werden. Beispielhaft seien hier die Veränderungen im Hochschulbereich angeführt. So wird das Austauschprogramm für Studenten »Erasmus« in Polen mit stark steigender Tendenz genutzt, wenngleich sich Polen hier prozentual gemessen an der Gesamtzahl der Studierenden nur im Mittelfeld der neuen EU-Mitgliedsländer bewegt. Bemerkenswert ist aber, dass die Zahl der ausländischen Studierenden, die nach Polen wollen, stärker wächst als die Zahl polnischer Erasmus-Studierender. Bezüglich des Anteils von Hochschulmitarbeitern, die über Erasmus ins Ausland gehen, liegt Polen gar EU-weit an erster Stelle, so dass trotz des seit 2005 sinkenden Anteils des BSP für Bildung in Polen eine fortschreitende Internationalisierung der polnischen Hochschulen durch die EU-Programme konstatiert werden kann.

Einen ähnlichen Effekt müssen auch die zahlreichen EU-Programme im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik

haben, ohne dass hier konkrete Untersuchungen vorliegen. Das Denken in Projekten, oft mittels Kommunikation in englischer Sprache, hat eine ganze Generation von exzellent ausgebildeten und in EU-Projekten sicher operierenden jungen Menschen entstehen lassen. Anders als in Deutschland sind in Polen EU-Projekte landesweit an der Tagesordnung und durch die Ausrichtung junger Menschen auf Europa – sei es in Projekten, sei es durch Migration – sind Mobilität und Internationalität bei jungen Menschen in Polen sehr ausgeprägt.

Teil der von der EU mit angeschobenen Veränderungen ist auch ein Wertewandel, der sich nicht immer an einer Orientierung weg von sogenannten traditionellen Werten hin zu sogenannten postmodernen Werten wie einer stärker individuellen Lebensweise festmachen lässt, sondern eher an einem größeren normativen Angebot und einer größeren normativen Pluralität in der polnischen Gesellschaft. Umfragen belegen, dass eher konservative Werte wie Patriotismus oder die Bedeutung der Religion in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben, während Werte wie ein glückliches Familienleben und die Gesundheit nach wie vor geschätzt werden. Zugenommen hat nach dieser Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *CBOS* aus dem August 2013 auch die Akzeptanz für Verhütungsmittel, das Zusammenleben außerhalb der Ehe oder für homosexuelle Verbindungen.

Natürlich können diese Veränderungen nicht direkt der EU zugeschrieben werden. Allerdings sind sie Bestandteil eines Modernisierungsprozesses, der auch von der EU mitgetragen wird und in dem viele Elemente der Modernisierung von Polen in westlichen Ländern der EU rezipiert bzw. über EU-Politiken induziert werden. Lernen in Europa bedeutet dabei keineswegs ein Verschwinden sogenannter konservativer Werte, sondern eine Pluralisierung und Internationalisierung von Lebensstilen – und dafür steht die EU eben auch.

Hohe Akzeptanz für die EU

Die doch weitestgehend positiven Bewertungen der polnischen EU-Mitgliedschaft durch polnische Experten und Vertreter der Regierung zeigen sich ähnlich auch in repräsentativen Daten. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes *CBOS* vom April 2014 anlässlich des zehnten Jahrestages des polnischen Beitritts zur EU belegt hohe Zustimmungsraten zur polnischen EU-Mitgliedschaft von 89 % im März 2014. Die potentiellen Wähler von *PO* und *PiS* liegen dabei mit 100 % bzw. 91 % Akzeptanz noch über diesem Wert. Jenseits dieser grundsätzlichen Akzeptanz der Mitgliedschaft sind die Wähler von *PiS* und der *Demokratischen Linksbündnis (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* aber skeptischer, wenn es um die Vorteile für Polen aus der Mitgliedschaft geht. Hier liegen die Werte bei 63 % bzw. 55 %,

während potentielle Wähler der *PO* die Vorteile der Mitgliedschaft bei 82 % ansiedeln. Als größte Gewinne aus der Mitgliedschaft werden von allen Befragten die offenen Grenzen (31 %), die finanziellen Zuwendungen aus den EU-Fonds (30 %), die Vorteile für die polnische Landwirtschaft (13 %) und die positiven Effekte für die Wirtschaft (10 %) wie z. B. der Zufluss ausländischer Investitionen oder der Zugang zu neuen Technologien angeführt. Als größte Nachteile werden die EU-Bürokratie (12 %) und die Begrenzung der nationalen Souveränität (8 %) genannt, so dass das Übergewicht der positiven Nennungen klar zutage tritt.

Positiv hat sich nach dieser Umfrage die EU auf den Zustand der Wirtschaft, auf die Landwirtschaft und auf das Funktionieren der Unternehmen ausgewirkt. Auch hinsichtlich des Zustandes der natürlichen Umwelt und der Infrastruktur wird der EU eine sehr positive Rolle zugeschrieben, während bei Werten wie dem Erhalt der Familie, der Religion oder der Herzlichkeit der Menschen untereinander entweder kein oder aber ein negativer Einfluss der EU wahrgenommen wird. Interessant ist auch, dass der EU ein deutlicher Beitrag zur internationalen Sicherheit Polens zugeschrieben wird, obgleich die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU bis heute ja eher bescheiden ausfällt.

Die größten Unterschiede zwischen potentiellen Wählern von *PO* und *PiS* treten in der Frage auf, ob man sich ausschließlich als Pole, als Pole und Europäer, als Europäer und Pole oder nur als Europäer sieht. Häufige Nennungen traten nur zu den ersten beiden Antworten auf und Anhänger der *PO* sahen sich nur zu 27 % ausschließlich als Pole an, während bei *PiS*-Anhängern dies 62 % angaben. Die Unterschiede in den Europakonzeptionen – hier eine mit gestaltete, tiefer gehende Integration, dort eher ein Europa der Vaterländer – schlagen sich in diesen Antworten nieder.

Europäische Normalität in Polen

Trotz der negativen Begleiterscheinungen der nach 2004 erfolgten polnischen Migration in die westlichen EU-Länder fällt die Bilanz der polnischen EU-Mitgliedschaft ausgesprochen positiv aus. Die vom polnischen Außenministerium skizzierten alternativen Szenarien zu einer EU-Mitgliedschaft hätten zwar nicht in eine nationale Katastrophe geführt, aber die Attraktivität Polens als Land für ausländische Direktinvestitionen verringert und Polen des enormen Zuflusses an EU-Strukturgeldern beraubt. Die in den letzten Jahren erfolgte infrastrukturelle Modernisierung wäre damit ein gutes Stück erschwert und verzögert worden. Befürchtungen hinsichtlich eines Verlustes der polnischen nationalen Identität oder der Verarmung großer Teile der Bevölkerung haben sich nicht erfüllt, ganz im Gegen-

teil. Die Gesellschaft ist – trotz aller sozialen Differenzierungen – augenscheinlich und auch statistisch wohlhabender geworden. Zudem ist Polen durch die Mitgliedschaft in der EU internationaler, toleranter und weltoffener geworden, gestaltet europäische Politik mit, ohne allerdings als Akteur in den großen europäischen Krisen in der ersten Reihe zu stehen. Die auch von der EU mit angestoßenen und im EU-Kontext stattfindenden

Debatten über gesellschaftliche Normen (Demokratie, Patriotismus, Rechte gesellschaftlicher und sexueller Minderheiten etc.) finden auch in Polen statt – mit ähnlichen Differenzen und Positionen wie in Spanien, Frankreich oder Deutschland. Zehn Jahre nach dem Beitritt Polens zur EU ist Polen ein normales europäisches Land. Von einem »neuen« EU-Mitgliedsland kann nun nicht mehr gesprochen werden.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe, ist Professor für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz.

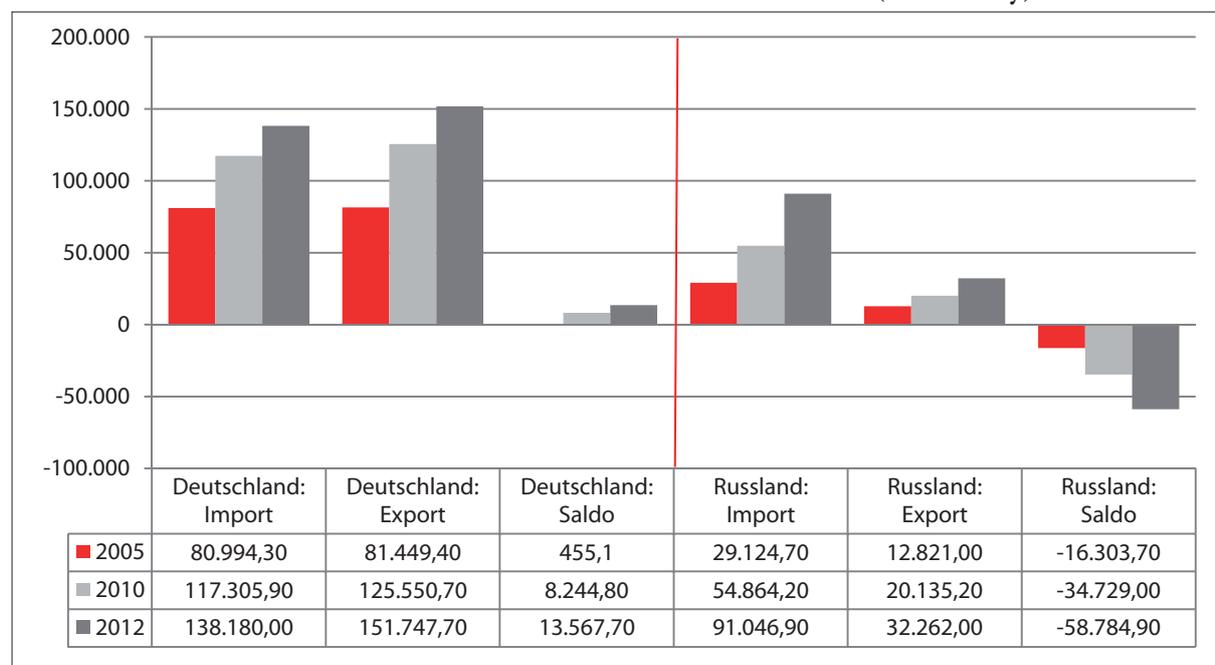
Lesetipp

Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium] (Hg.): Polskie 10 lat w UE [Die polnischen 10 Jahre in der EU]. Warszawa 2014. S. 144. <<http://www.msz.gov.pl/resource/82971f69-d890-4394-aff7-01899c796784:JCR>>

STATISTIK

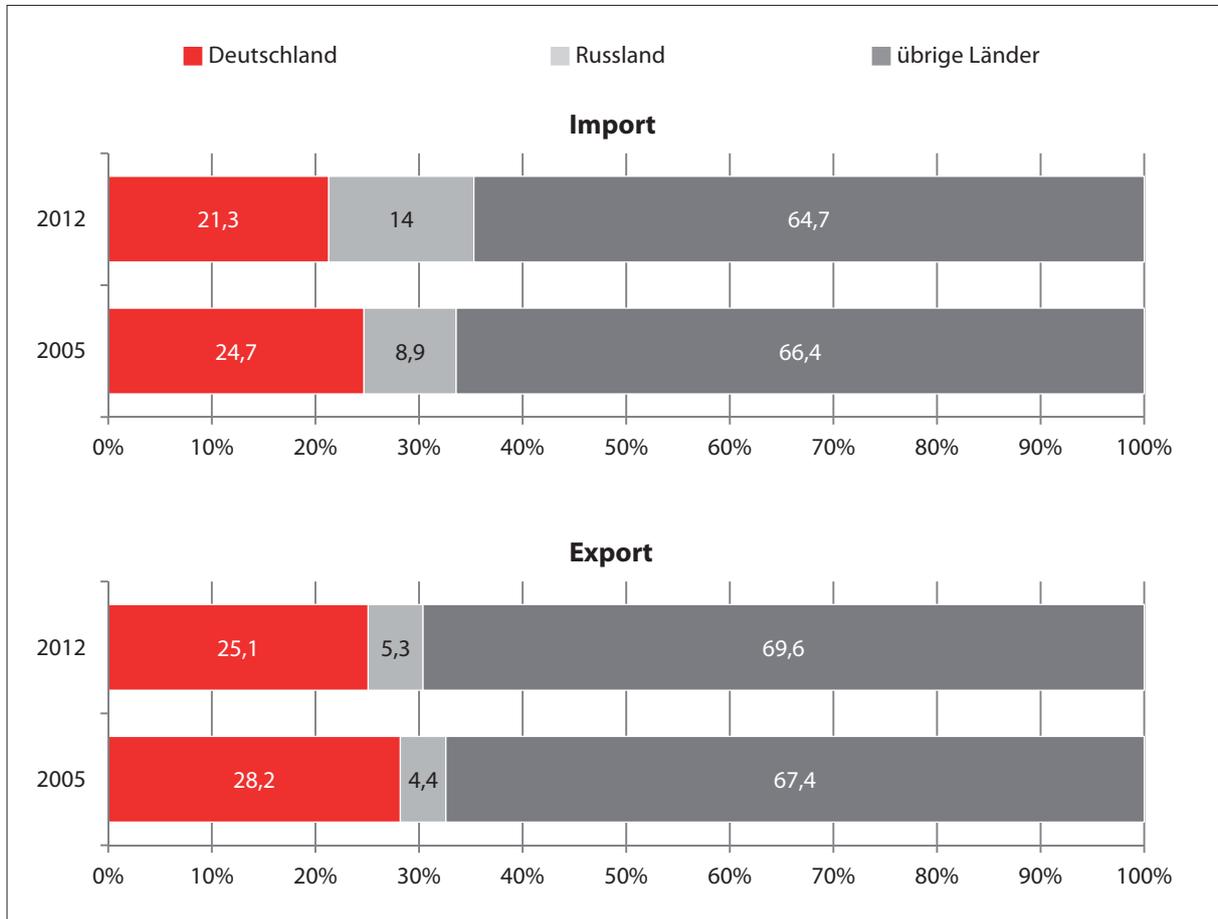
Außenhandel und EU-Transfers

Grafik 1: Der Außenhandel Polens mit Deutschland und Russland (Mio. Zloty)



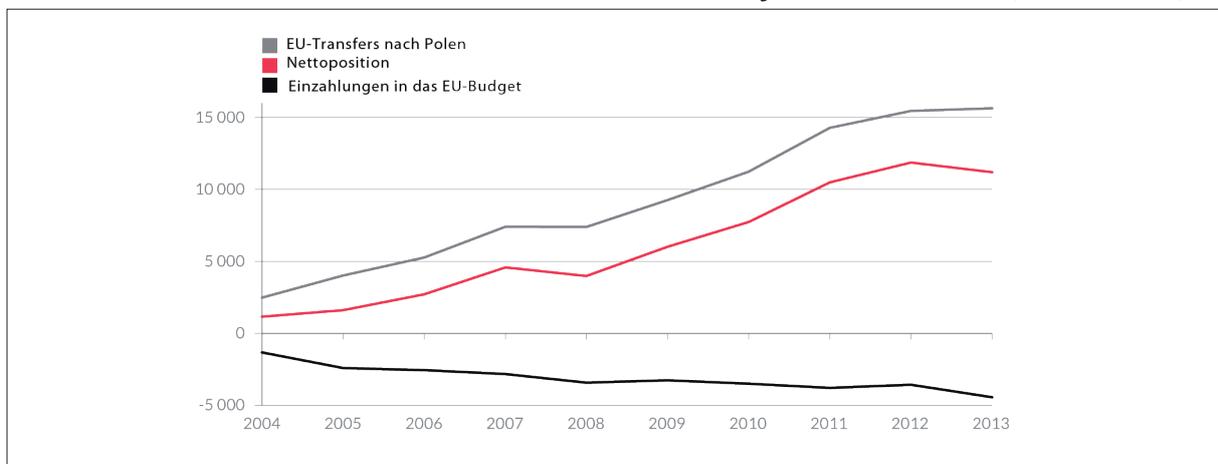
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2013 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2013]. Warszawa 2013.

Grafik 2: Der Außenhandel Polens mit Deutschland und Russland (%)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2013 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2013]. Warszawa 2013.

Grafik 3: Finanzströme zwischen Polen und der EU in den Jahren 2004–2013 (in Mio. Euro)



Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium] (Hg.): Polskie 10 lat w UE [Die polnischen 10 Jahre in der EU]. Warszawa 2014. S. 144. <<http://www.ms.gov.pl/resource/82971f69-d890-4394-aff7-01899c796784:JCR>>

Tabelle 1: Die wichtigsten Ergebnisse einer Simulation für ausgewählte Wirtschaftsindikatoren

	Einheit	2003	2013		
			Polen außerhalb der EU	Polen in der EU	Kosten des Verbleibs Polens außerhalb der EU
Investitionsgrad	% BIP	18,2	17,5	18,4	-0,9 Prozentpunkte
BIP pro Kopf	EU 27 = 100	49,0	59,6	68,0**	-8,4 Prozentpunkte
BIP pro Kopf	EU 15 = 100	42,9	56,9	60,8	-3,9 Prozentpunkte
durchschnittlicher Bruttolohn	Zloty (Wert 2013)	2.967	3.501	3.614	-113
Warenexport	Mrd. Zloty (Wert 2013)	275	478	639	-160
Warenimport	Mrd. Zloty (Wert 2013)	350	475	648	-173
Beschäftigungsquote in Polen	%	51,4	54,5	60,7	-6,2 Prozentpunkte
Arbeitslosenquote*	%	19,7	14,2	10,3	+3,9 Prozentpunkte

*Die Arbeitslosenquote wurde nach der von Eurostat angewandten Methode geschätzt.

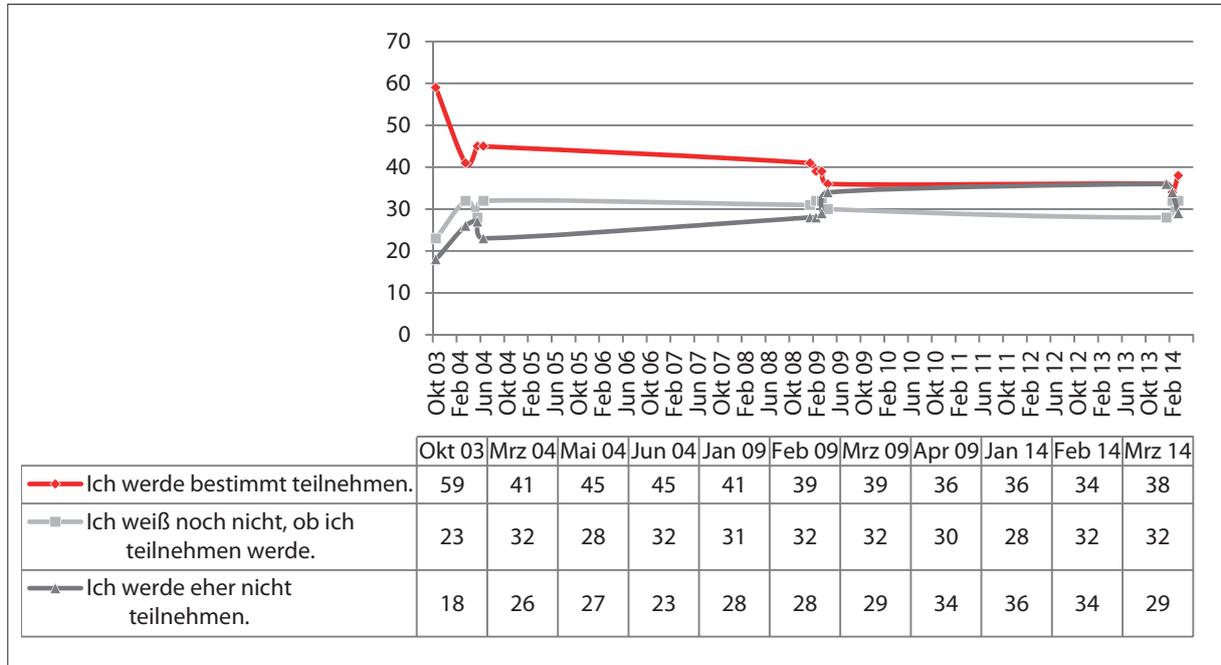
**Prognose der Europäischen Kommission, AMECO (die für 2010 festgestellte Quote betrug 66,9 %).

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium] (Hg.): *Polskie 10 lat w UE [Die polnischen 10 Jahre in der EU]*. Warszawa 2014. S. 219. <<http://www.ms.gov.pl/resource/82971f69-d890-4394-aff7-01899c796784:JCR>>

UMFRAGE

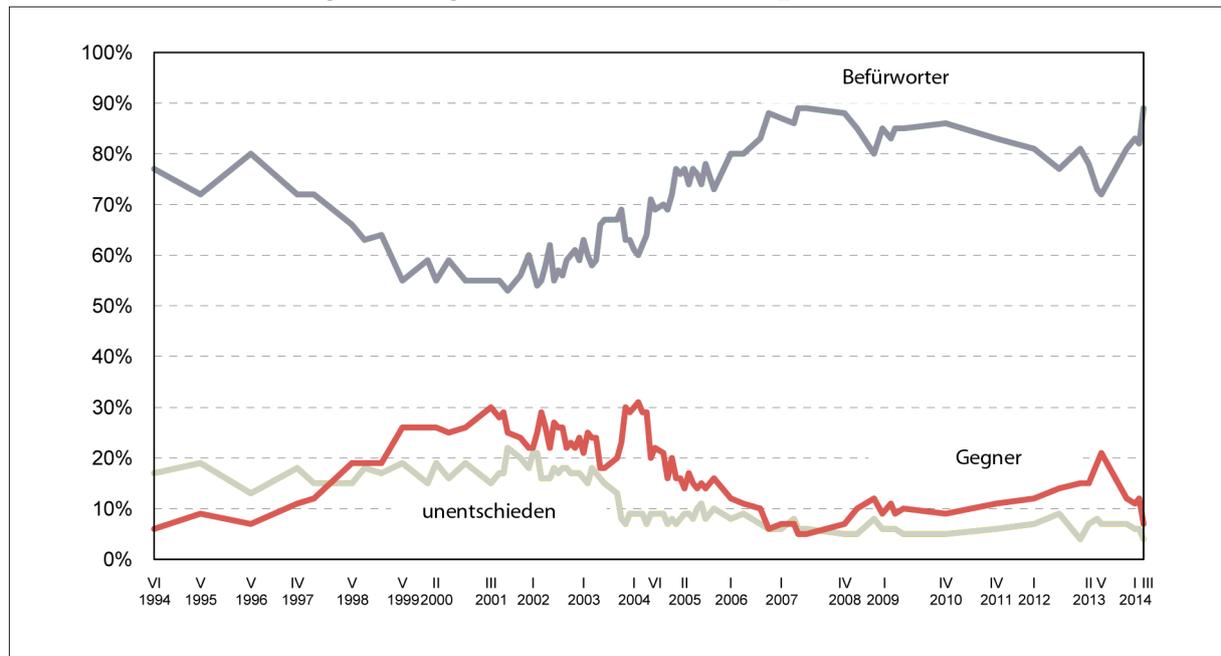
Einstellungen zur EU

Grafik 1: Beabsichtigen Sie, an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen? (%)



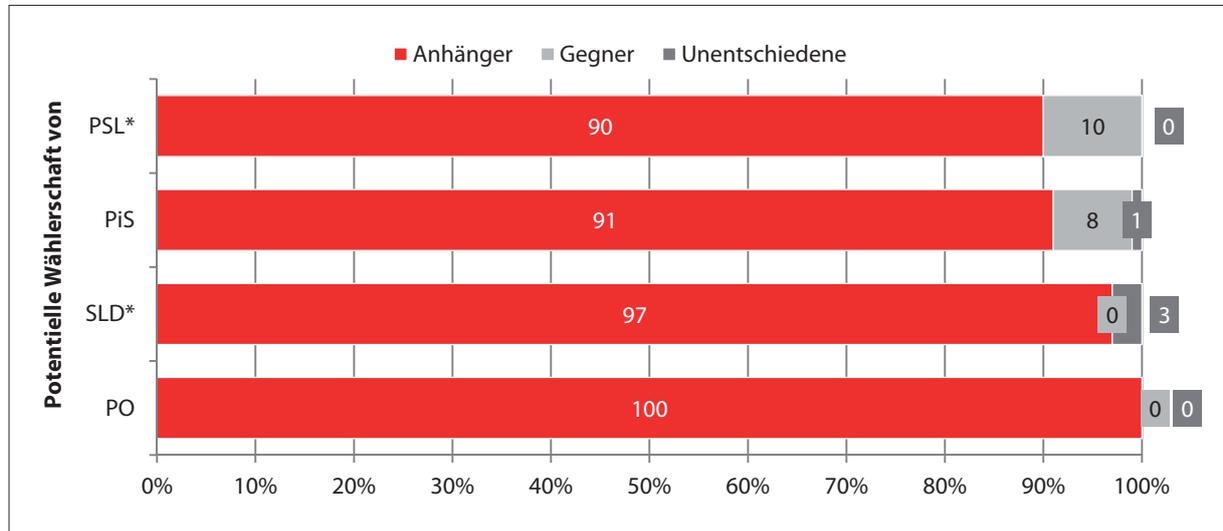
Quelle: CBOS Nr. 40/2014: Wybory do Parlamentu Europejskiego [Die Wahlen zum Europäischen Parlament]. Warszawa 03/2014.

Grafik 2: Die Einstellung zur Integration Polens in die Europäische Union (%)



Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014.

Grafik 3: Die Einstellung zur Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union (%)



*Die Daten zu diesen Parteien sind aufgrund der geringen Anzahl unter den Befragten mit Vorsicht zu behandeln.

PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

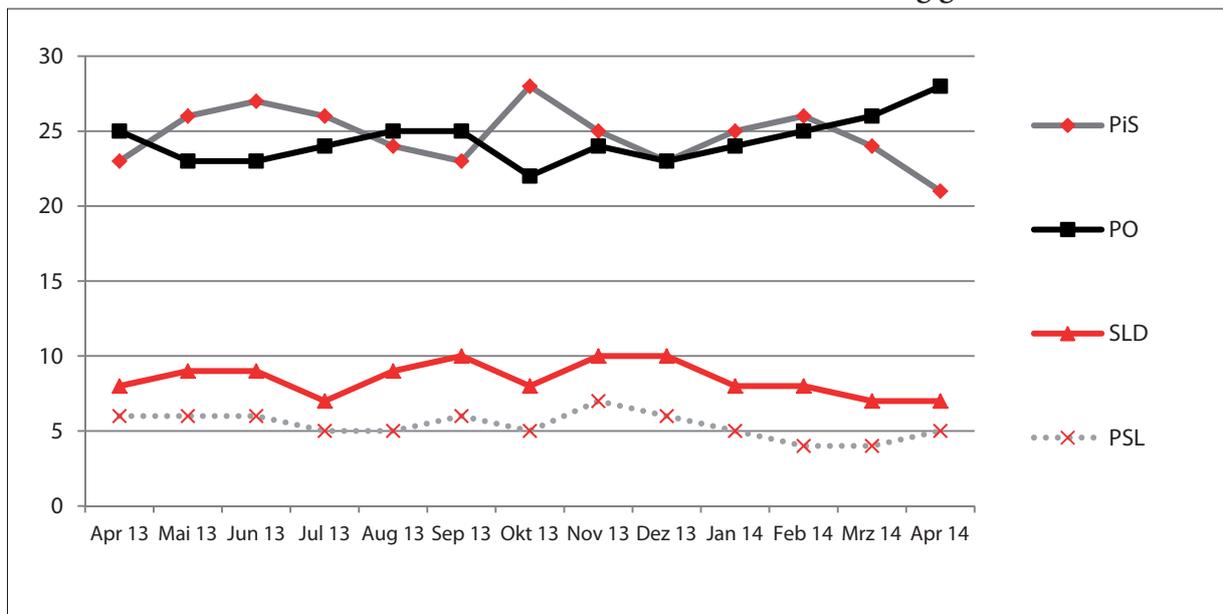
SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014.

Grafik 4: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag gewählt würde?* (%)



*Es wurde eine Auswahl aus den abgefragten Parteien getroffen.

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Quelle: CBOS Nr. 45/2014: Preferencje partyjne w kwietniu [Parteipräferenzen im April]. Warszawa 04/2014.

Tabelle 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag gewählt würde?* (%)

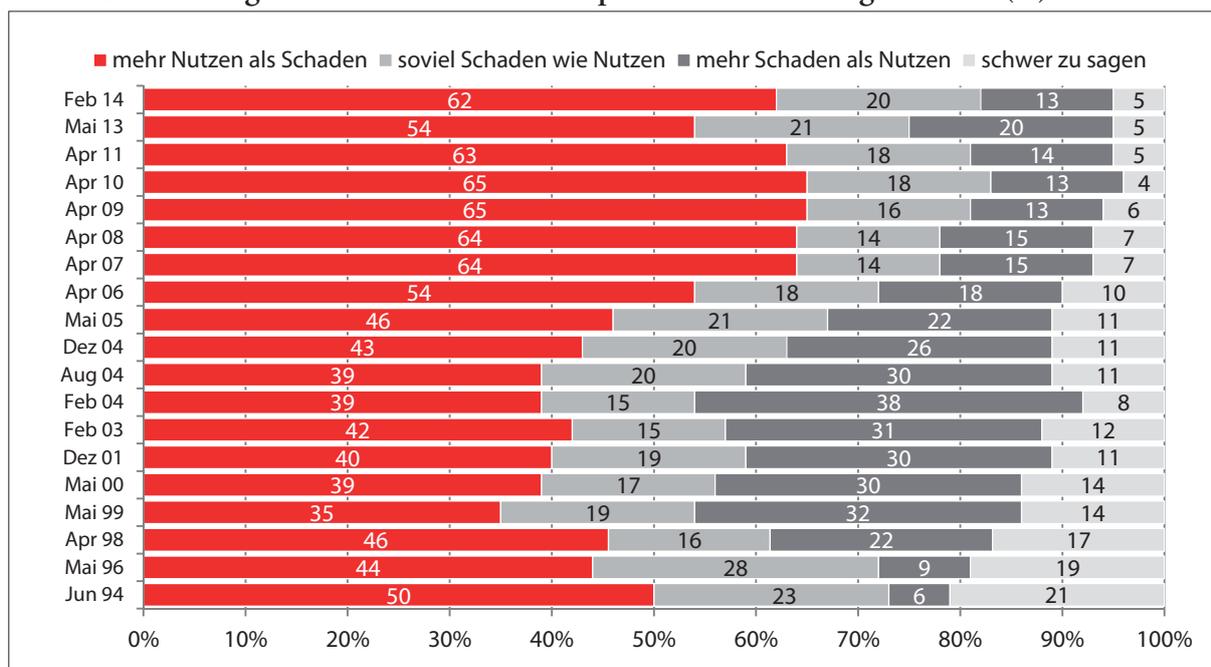
	04/2013	05/2013	06/2013	07/2013	08/2013	09/2013	10/2013	11/2013	12/2013	01/2014	02/2014	03/2014	04/2014
PO	25	23	23	24	25	25	22	24	23	24	25	26	28
PiS	23	26	27	26	24	23	28	25	23	25	26	24	21
SLD	8	9	9	7	9	10	8	10	10	8	8	7	7
PSL	6	6	6	5	5	6	5	7	6	5	4	4	5

*Es wurde eine Auswahl aus den abgefragten Parteien getroffen.

PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

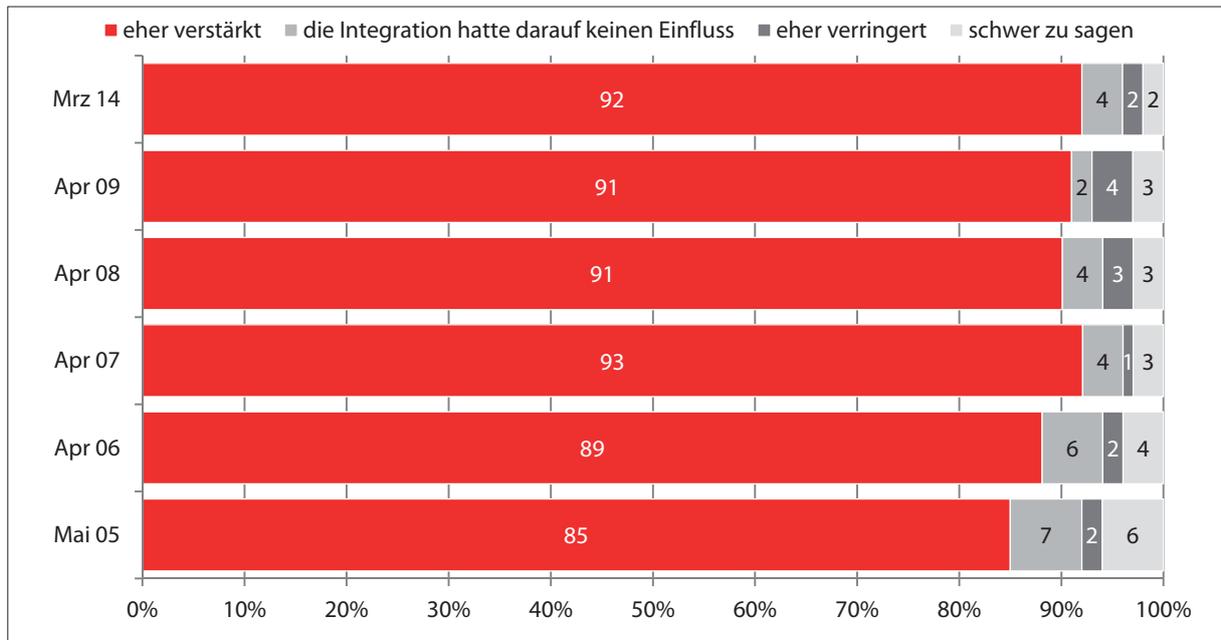
Quelle: CBOS Nr. 45/2014: Preferencje partyjne w kwietniu [Parteipräferenzen im April]. Warszawa 04/2014.

Grafik 5: Die Integration Polens mit der Europäischen Union bringt Polen... (%)



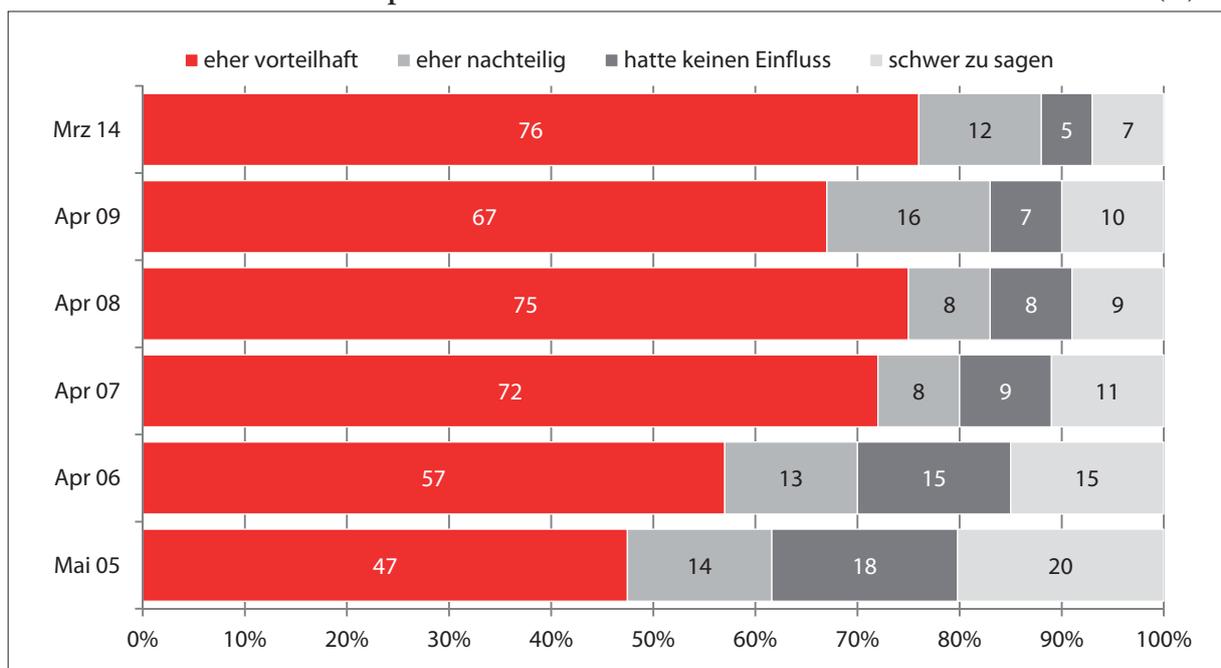
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014.

Grafik 6: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Aufnahme von Arbeit im Ausland durch Polen eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



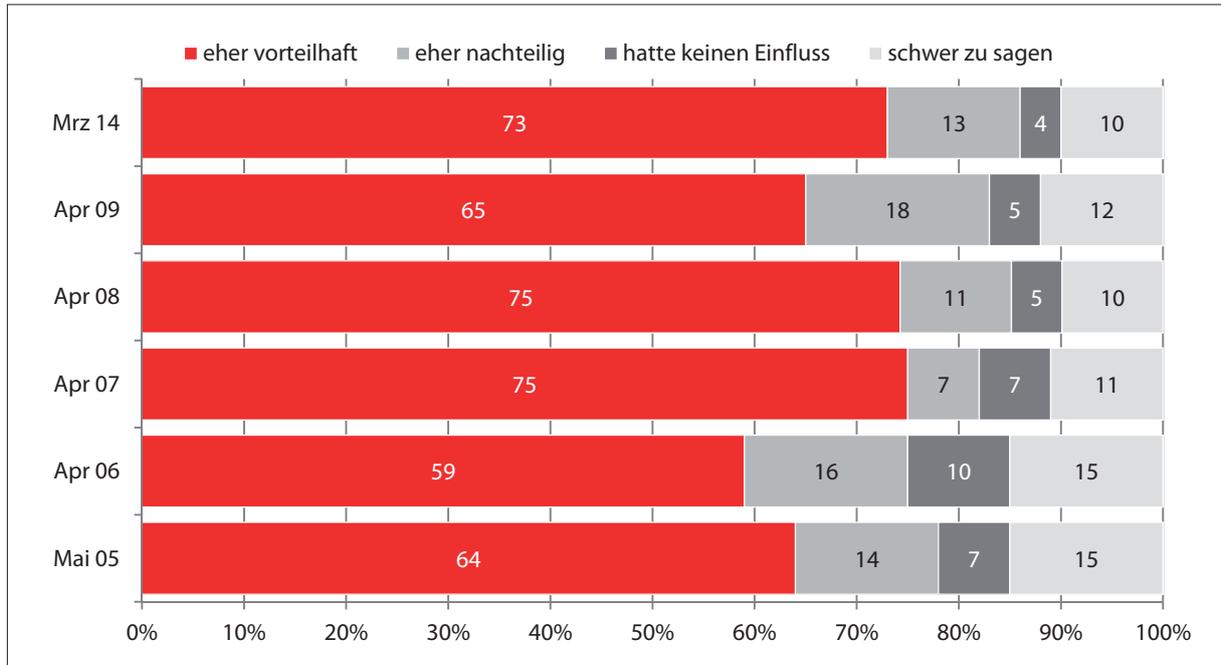
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 7: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf den Zustand der polnischen Wirtschaft aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



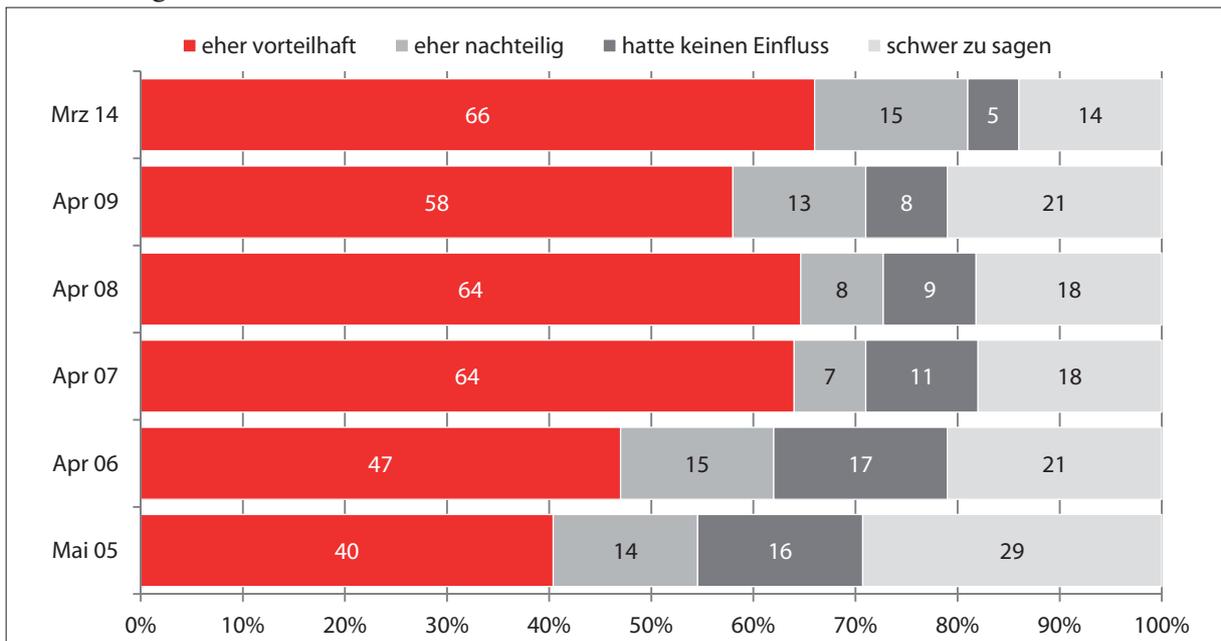
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 8: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf das Funktionieren der Landwirtschaften der Individualbauern in Polen aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



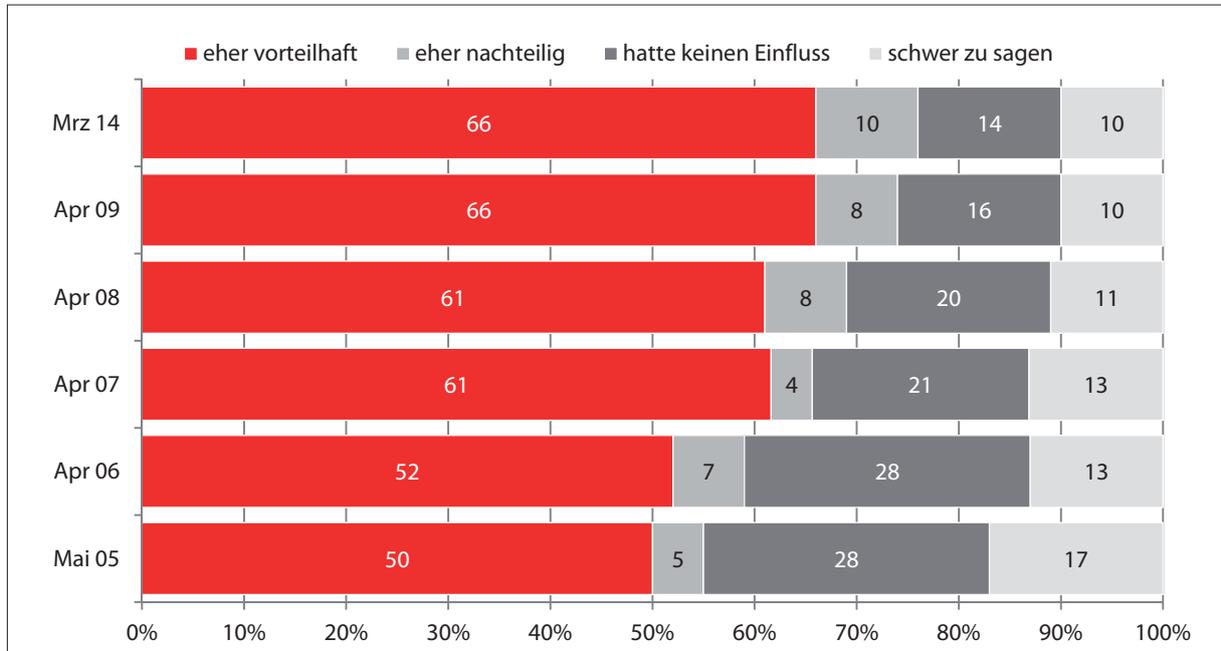
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 9: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf das Funktionieren der Unternehmen aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



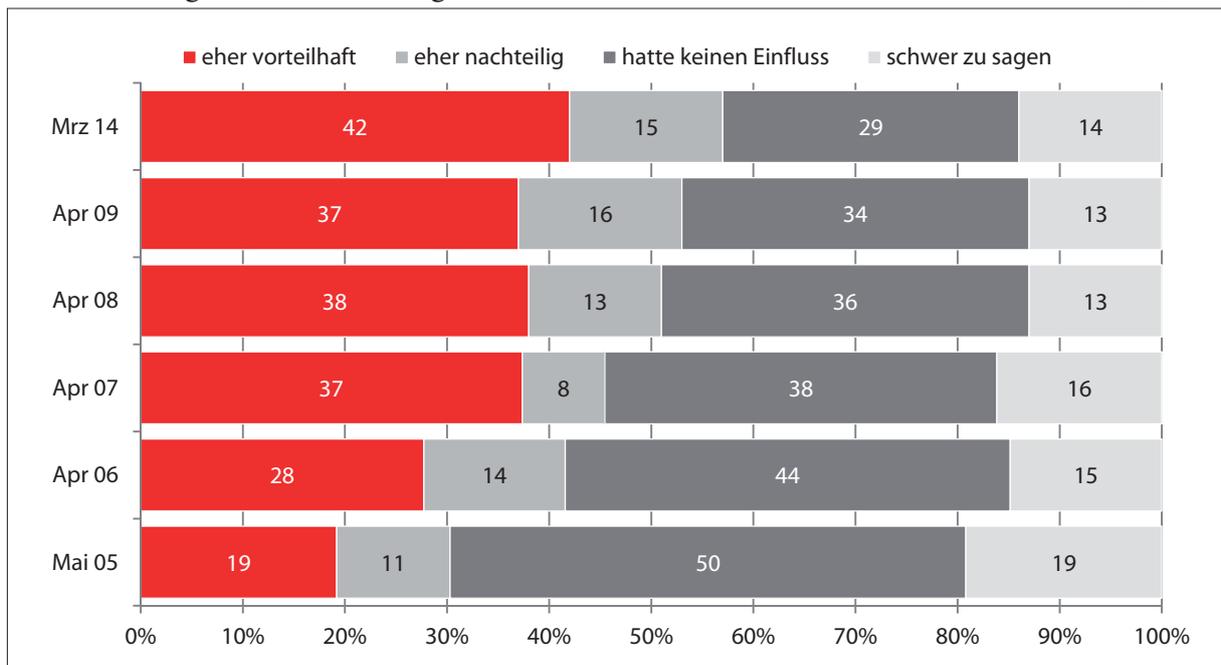
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 10: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf den Zustand der Natur aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



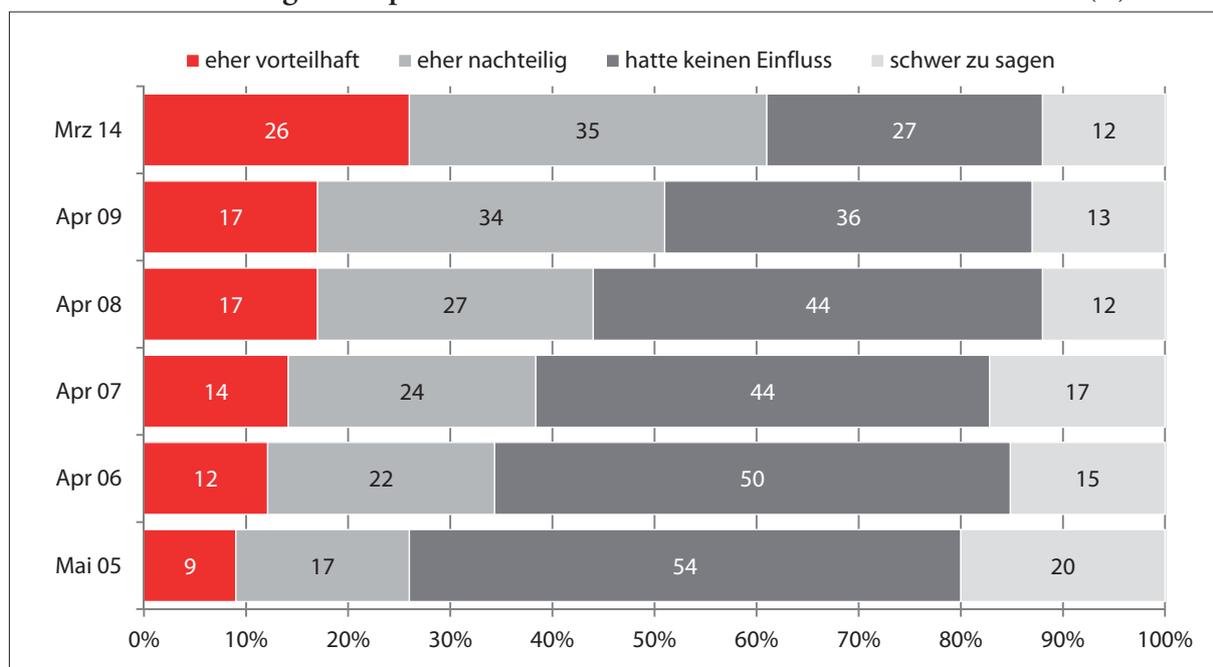
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 11: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf die Einhaltung des Rechtes aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



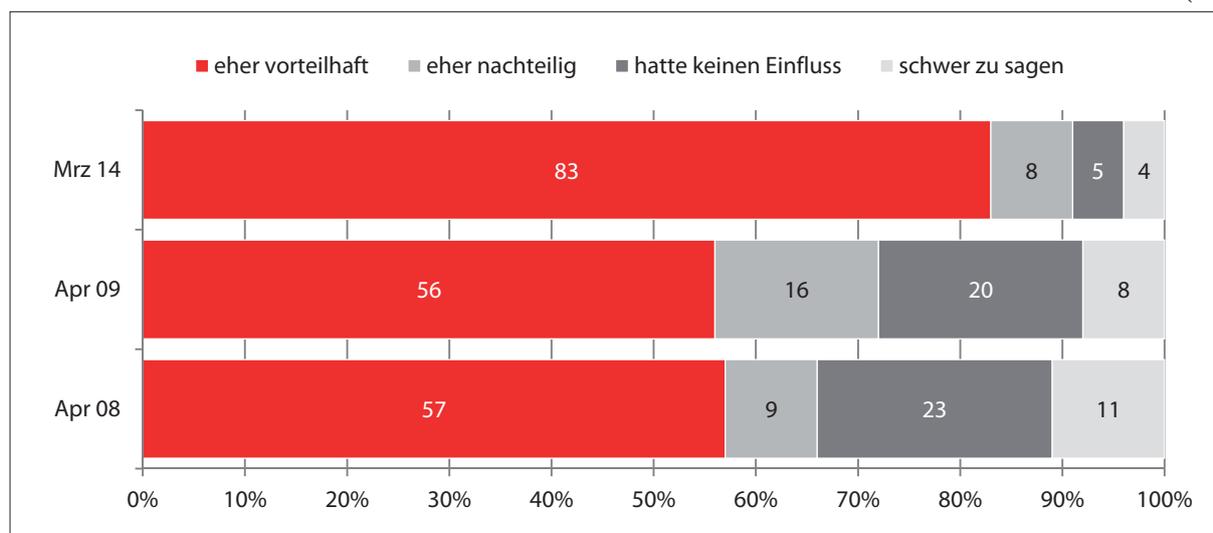
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 12: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf die Beständigkeit der polnischen Familie aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



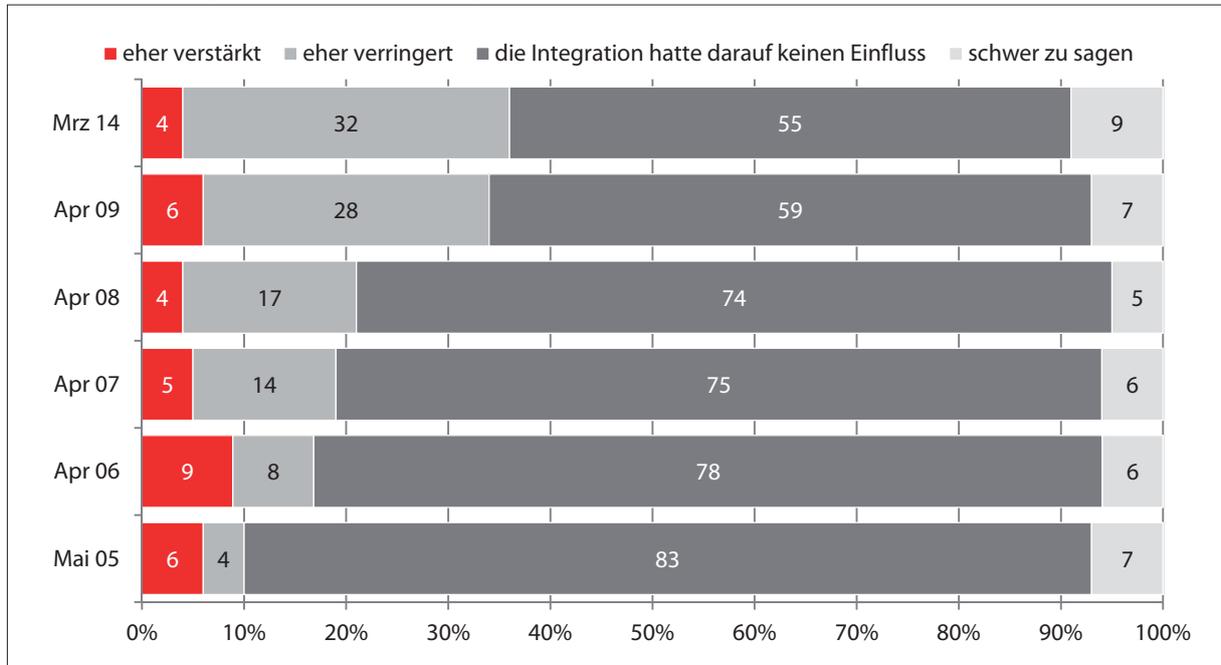
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat czlonkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 13: Wirkte sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf den Zustand der Straßen und Infrastruktur aus oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



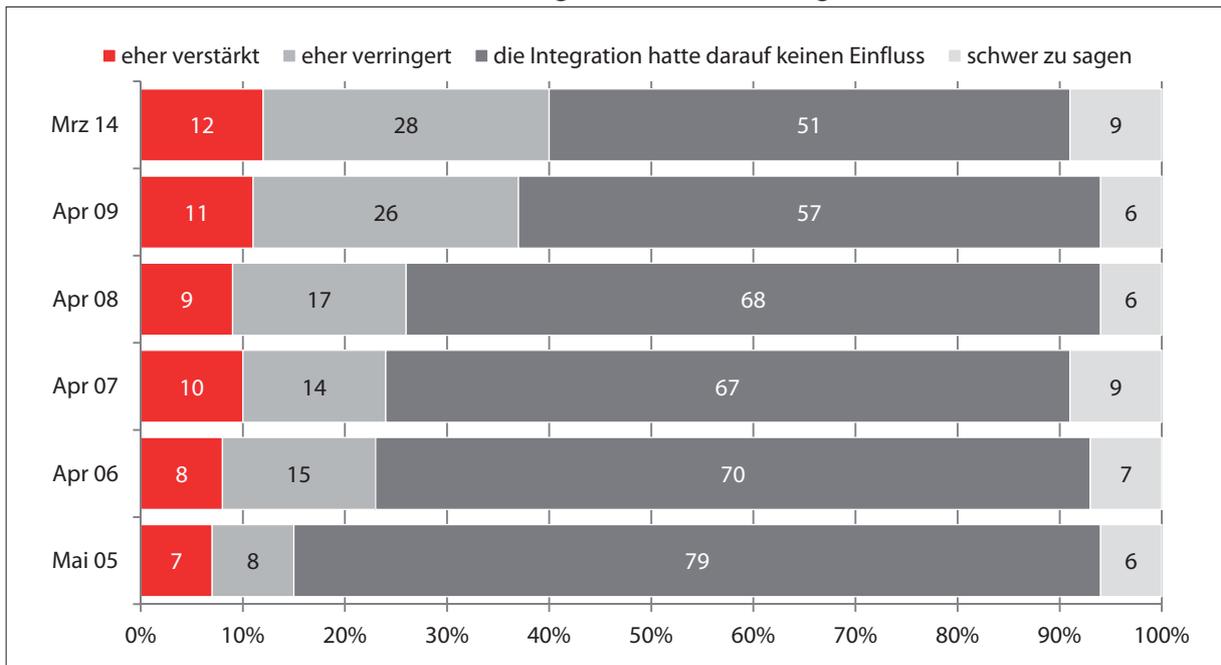
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat czlonkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 14: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Religiosität eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



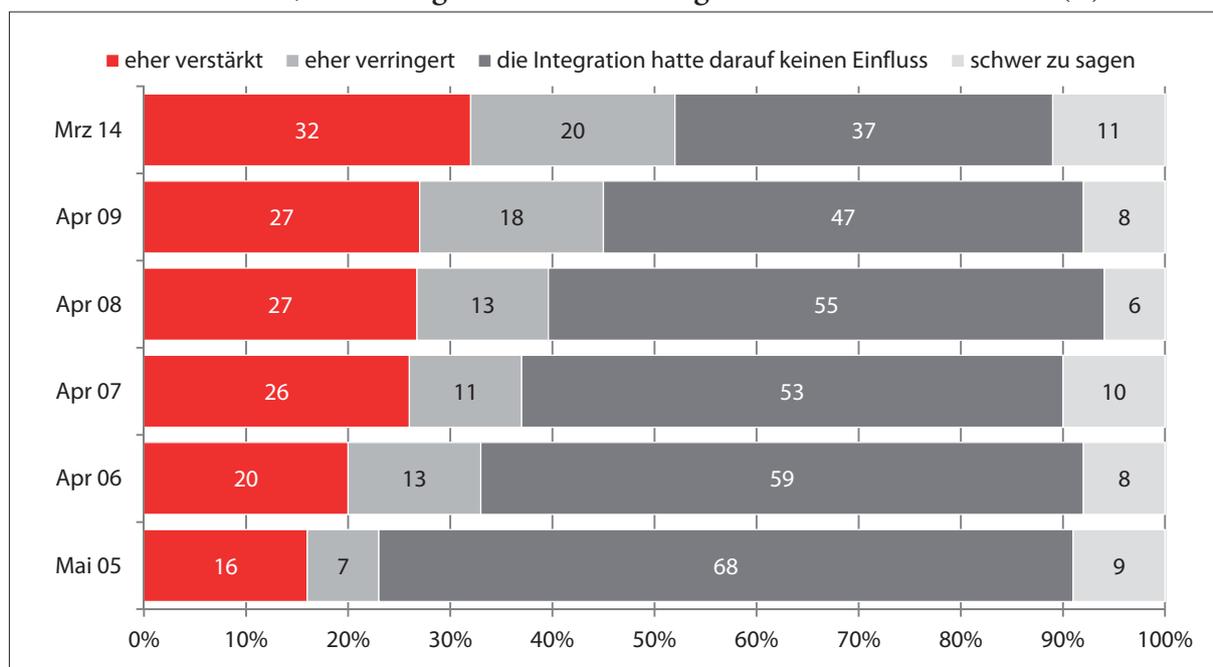
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 15: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Freundlichkeit zwischen den Menschen eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



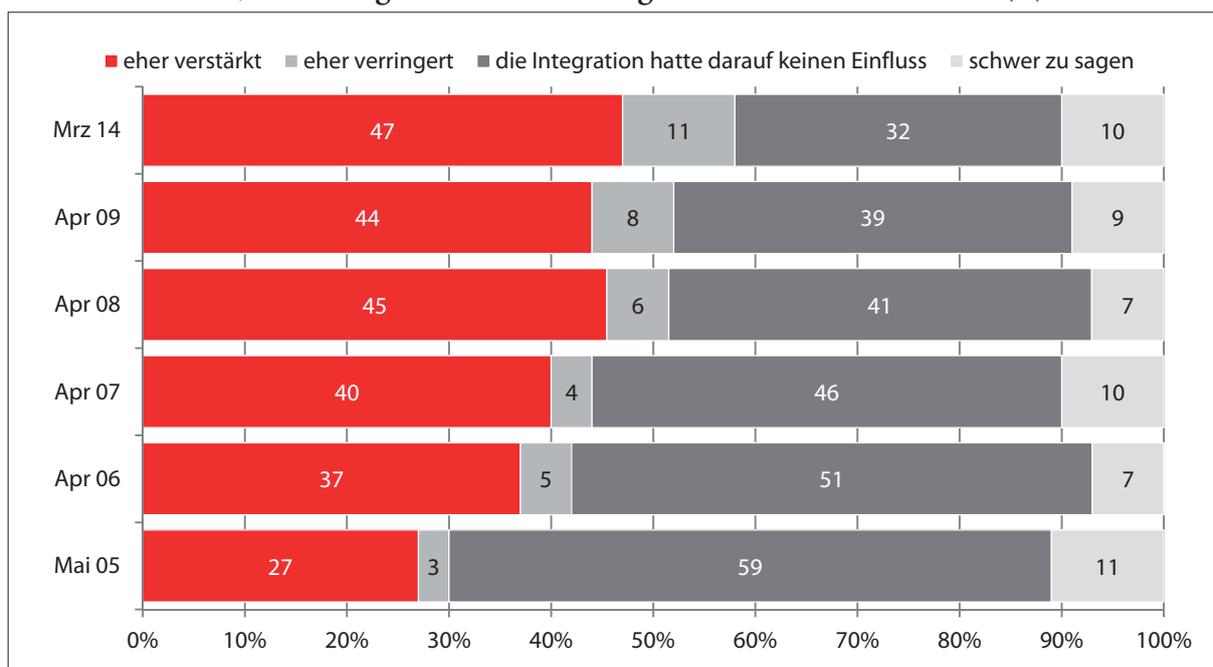
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 16: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Toleranz gegenüber anderen eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



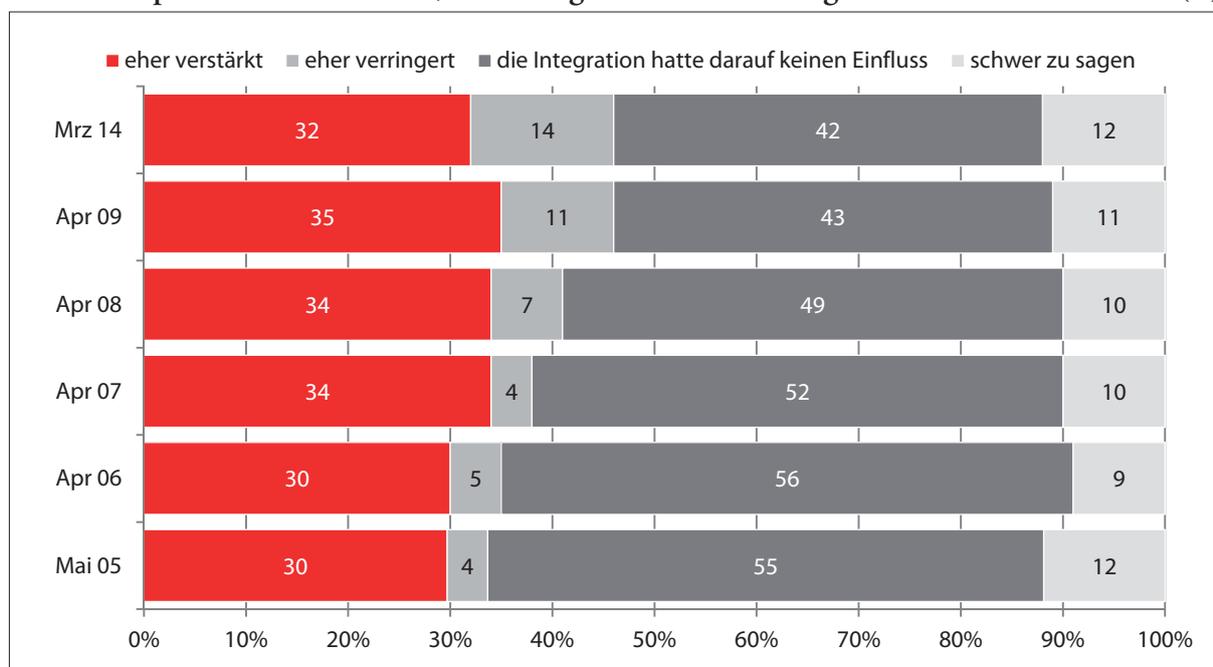
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 17: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Freizügigkeit der Sitten eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



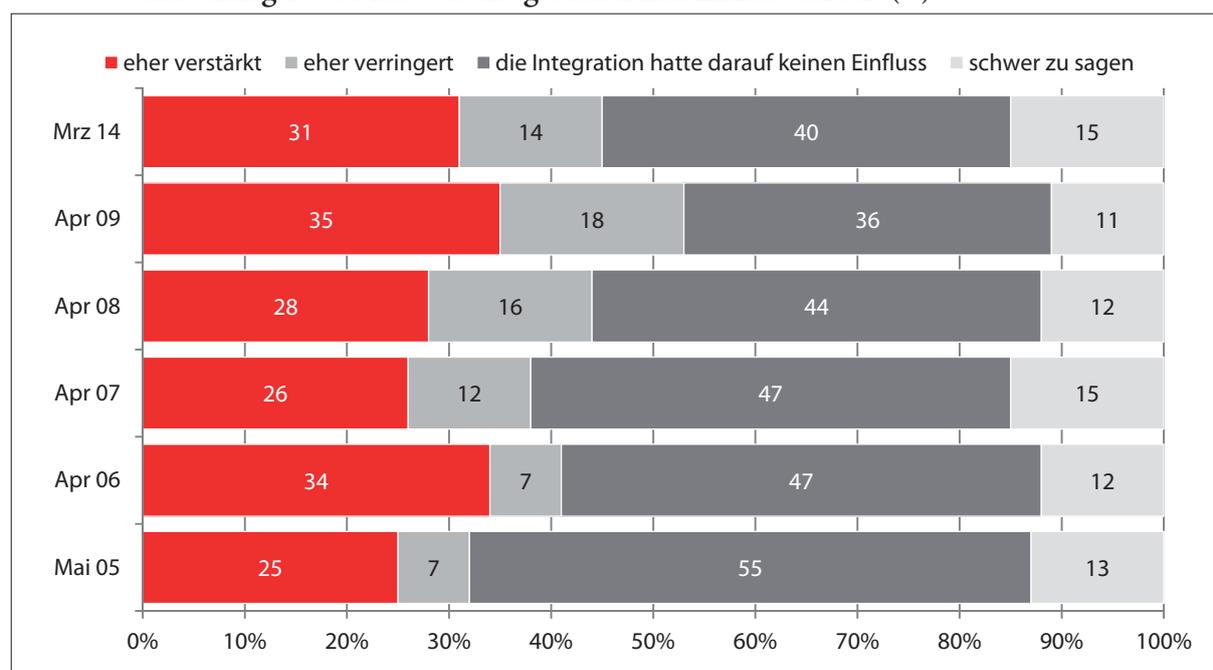
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 18: Haben sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



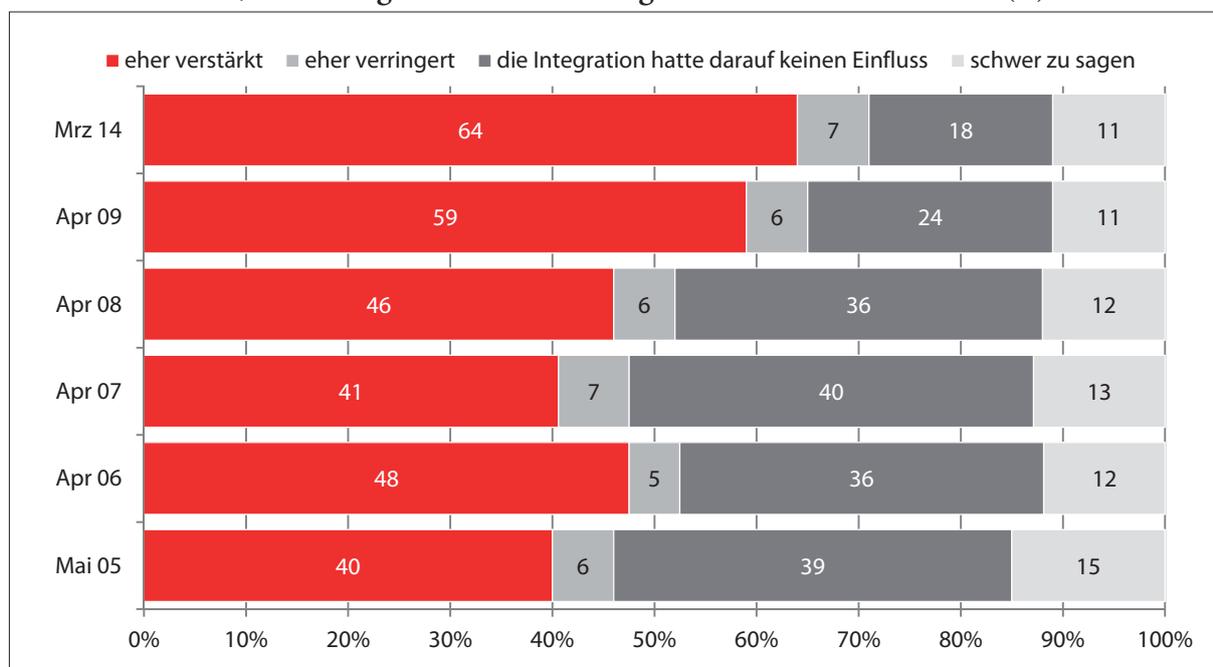
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 19: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Kriminalität eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



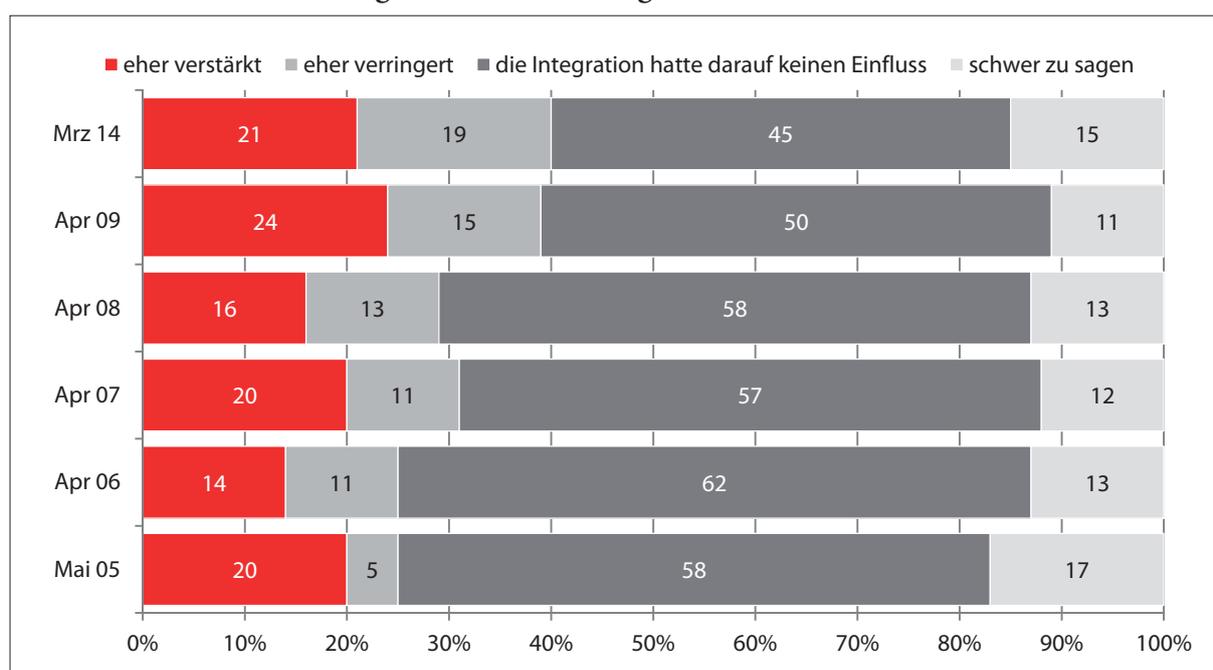
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 20: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die Bürokratie in Polen eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



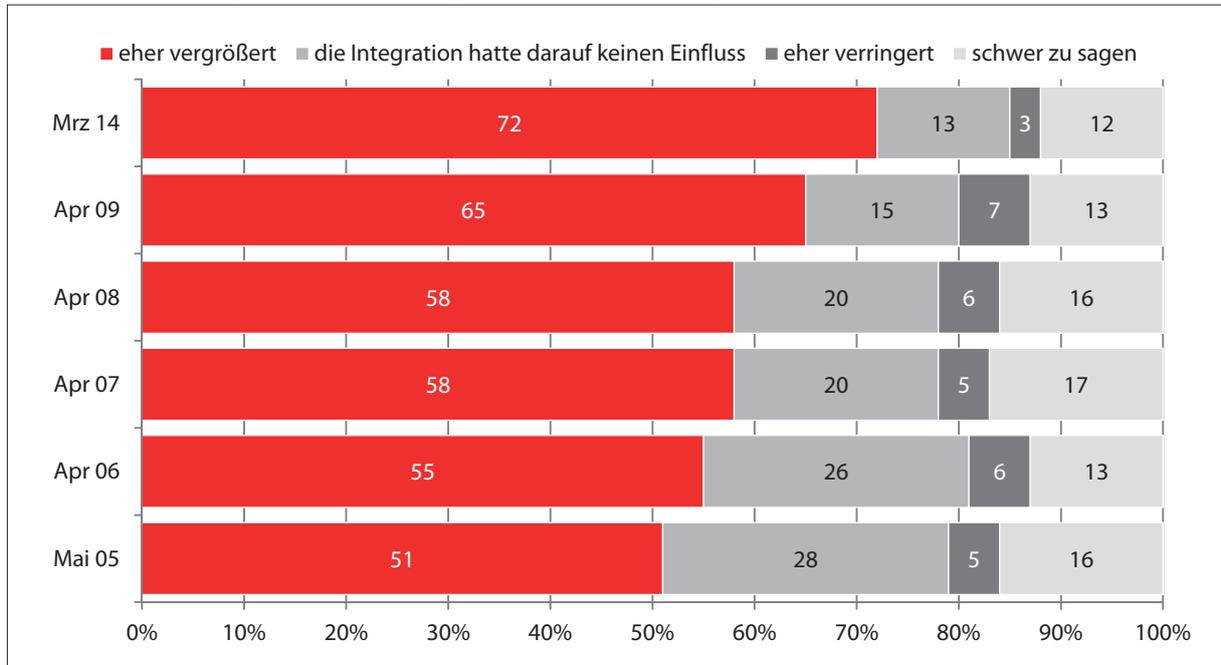
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 21: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union der Patriotismus der Polen eher verstärkt, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



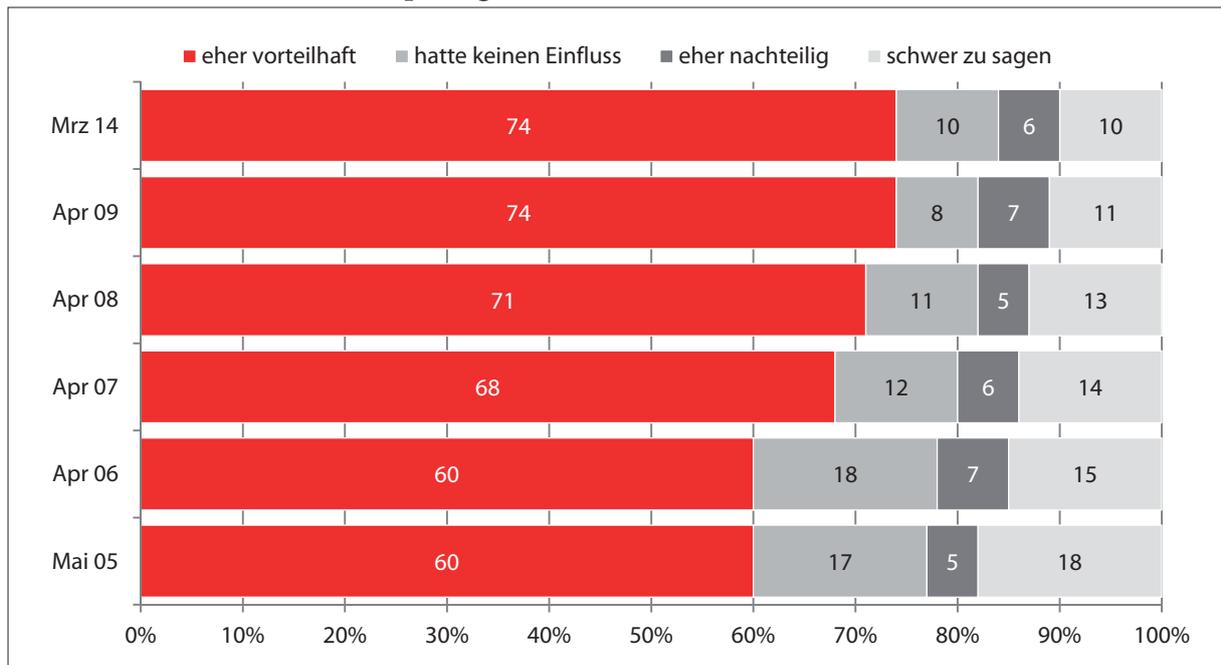
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 22: Hat sich infolge des Beitritts Polens zur Europäischen Union die internationale Sicherheit Polens eher vergrößert, eher verringert oder hatte die Integration keinen Einfluss darauf? (%)



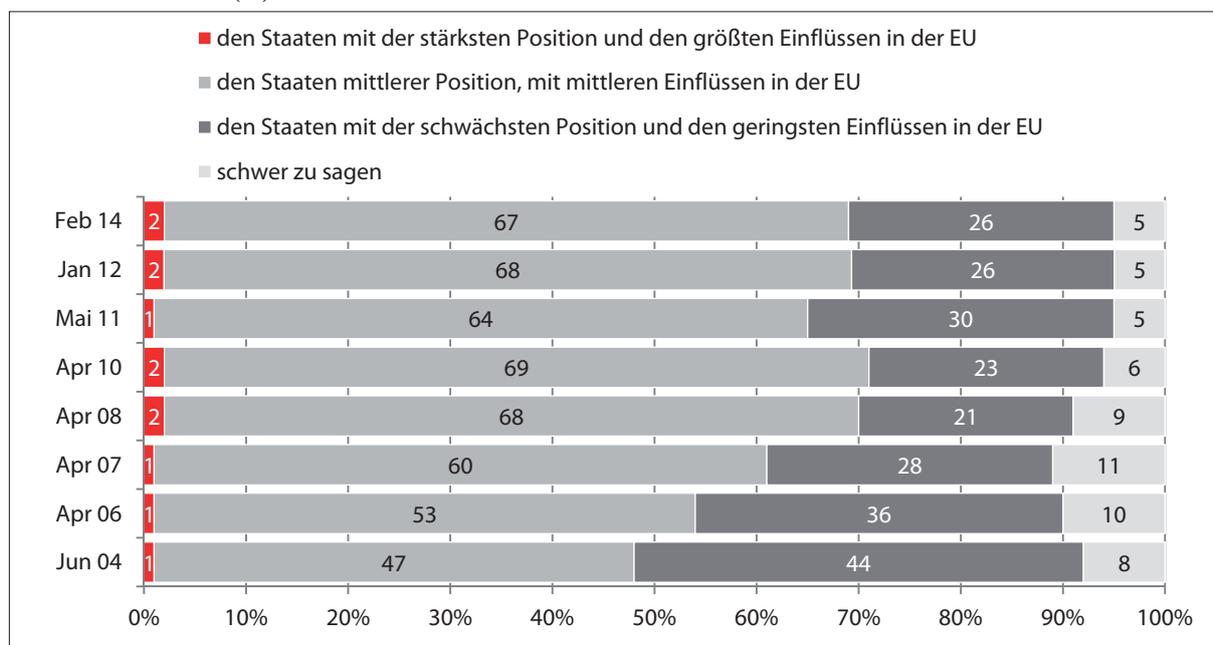
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat czlonkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 23: Hat sich der Beitritt Polens zur Europäischen Union eher vorteilhaft oder eher nachteilig auf die Position Polens in Europa ausgewirkt oder hatte er keinen Einfluss darauf? (%)



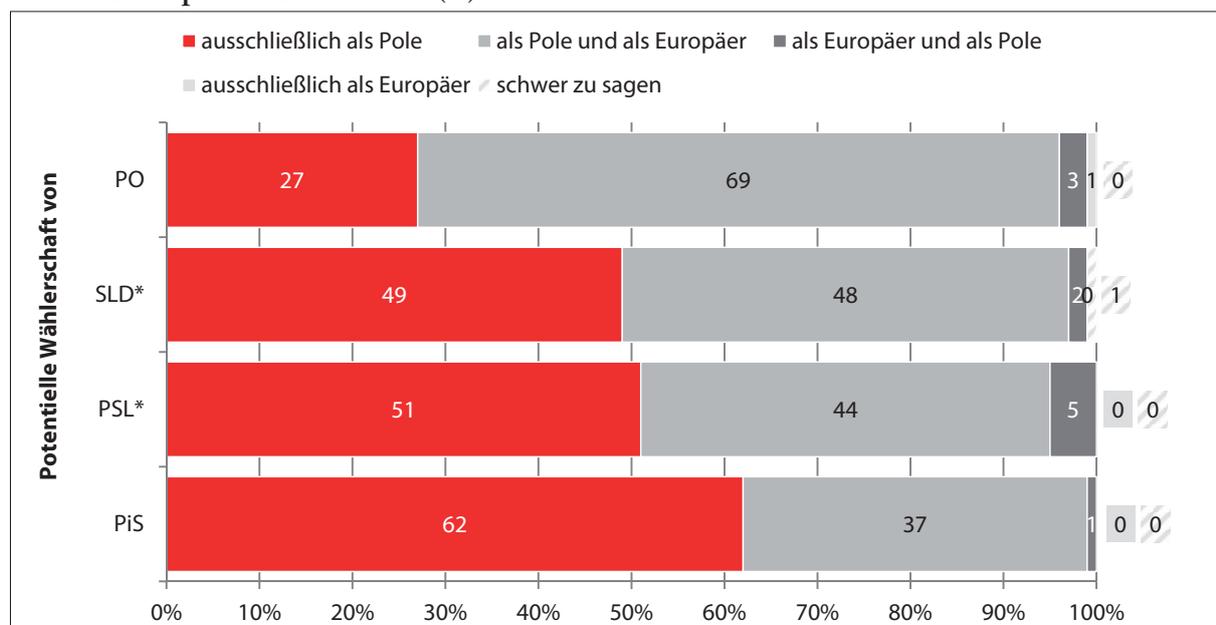
Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat czlonkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 24: Wie bewerten Sie die Position Polens in der Europäischen Union? Kann man Polen zu ... zählen? (%)



Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Grafik 25: Empfinden Sie sich als... (%)



*Die Daten zu diesen Parteien sind aufgrund der geringen Anzahl unter den Befragten mit Vorsicht zu behandeln.

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014

Tabelle 2: Was sind die Pluspunkte der Mitgliedschaft Polens in der EU? (häufigste Antworten)

Offene Grenzen: Vorteile für die Bürger

Öffnung der Grenzen, Zuzugsfreiheit, Schengenabkommen, visumfreier Reiseverkehr	31 %
die Freiheit, eine Arbeit in der EU aufzunehmen, Freiheit wirtschaftlicher Tätigkeit und geringere Arbeitslosigkeit in Polen	17 %
Reisefreiheit, Entwicklung des Tourismus	3 %
Möglichkeit der Ausbildung, des Studiums im Ausland	2 %
Nutzen für die jüngere Generation, Chancen für die jüngere Generation	2 %
leichterer Zugang zu medizinischer Versorgung im Ausland	1 %

EU-Gelder

finanzieller Nutzen, Zufluss von EU-Geldern, EU-Zuwendungen und -Projekte, allgemein	30 %
Investitionen in die Straßen- und Schieneninfrastruktur, Bau von Straßen und Autobahnen, Brücken, Fahrradwegen	11 %
Landesentwicklung, Entwicklung der Städte und Dörfer, Verbesserung der Infrastruktur: allgemein	8 %
Nutzen für das Bildungswesen, Schulwesen: Sportplätze für Schulen, Bau/Renovierung von Schulen, Kindergärten; EU-Programme in den Schulen	3 %
Unterstützung für den Arbeitsmarkt, Arbeitsförderung: Zufinanzierung von Tätigkeiten für Arbeitslose, Zufinanzierung junger Arbeitnehmer	2 %
Zuwendungen für Firmen, Zufinanzierung der Wirtschaft	2 %
Unterstützung des Unternehmertums, Startgelder für wirtschaftliche Tätigkeit	2 %
Nutzen für die Wissenschaft, Finanzierung der Wissenschaft, Studentenaustausch, wissenschaftliche Zusammenarbeit	1 %
Nutzen für die Umwelt, ökologische Kläranlagen, Zufinanzierung von Sonnenkollektoren	1 %
Sportinvestitionen: Sportplätze, Stadien	1 %
Nutzen für die Kultur: Modernisierung von Bauten, kultureller Austausch	1 %
zivilisatorischer Sprung, Aufbau des Landes, allgemein	1 %
Annäherung an die EU, Angleichung des Niveaus in Polen an andere EU-Länder	1 %

Landwirtschaft

Nutzen für die Landwirtschaft, Werbung für polnische Lebensmittel, Zufinanzierung der Landwirtschaft	13 %
--	------

Wirtschaft und Lebensbedingungen

Nutzen für die Wirtschaft, wirtschaftliche und technische Entwicklung, Stabilisierung der Wirtschaft, Zugang zu neuen Technologien, Zufluss ausländischen Kapitals, entwicklungsbegünstigender Impuls	10 %
Entwicklung des Handels, Artikel aus der EU, keine Zollgrenzen, Absatzmärkte, bessere Handelsbeziehungen	6 %
Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, Lohnanstieg	1 %

Die Sicherheit Polens und seine Position auf der internationalen Bühne

Verbesserung der Sicherheit des Landes und Verbesserung der internationalen Beziehungen, Schutz vor Russland, gemeinsame Außenpolitik	5 %
---	-----

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 2: Was sind die Pluspunkte der Mitgliedschaft Polens in der EU? (häufigste Antworten)
(Fortsetzung)**

Die Sicherheit Polens und seine Position auf der internationalen Bühne (Fortsetzung)

Verbesserung der Position Polens in Europa: Einfluss auf die Entscheidungen der EU, Polens Stimme zählt mehr im europäischen Forum	1 %
--	-----

Öffnung zur Welt

Öffnung zur Welt, Integration mit der Welt, Fehlen kultureller Barrieren, gegenseitiges Kennenlernen, Beseitigung von Stereotypen, Gefühl der Gemeinschaft	3 %
--	-----

Politische Gemeinschaft

gemeinsame Politik und Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen: Kultur, Justizwesen, allgemein: gemeinsames Handeln	1 %
Vereinheitlichung des Rechtes, bessere Kontrolle der Rechtsanwendung, Möglichkeit, gegen Urteile polnischer Gerichte bei europäischen Gerichten Berufung einzulegen	1 %
Kontrolle und Aufsicht der EU, die Europäische Union passt auf uns auf, allgemein	1 %

Andere konkrete Pluspunkte

Freiheit, allgemein	1 %
mehr Demokratie, Verbreiterung der direkten Demokratie, demokratische Werte	1 %

Allgemeines: großer Einfluss der EU, ohne EU hätten wir nichts, es ist besser	1 %
keine Pluspunkte, kein Nutzen	6 %
ich weiß nicht, es interessiert mich nicht	13 %

Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014.

Tabelle 3: Was sind die Minuspunkte der Mitgliedschaft Polens in der EU? (häufigste Antworten)

Recht und Souveränität

Vorbehalte gegenüber den Vorschriften des EU-Rechtes, Bürokratie: übermäßige rechtliche Regulierung, sinnlose Direktiven, schlechte Verwaltung	12 %
eingeschränkte Souveränität, fehlende Selbständigkeit beim Treffen von Entscheidungen, fehlende Unabhängigkeit, Abhängigkeit von der EU, Unterordnung unter ihre Entscheidungen	8 %
Notwendigkeit, das polnische Recht an das EU-Recht anzupassen, das EU-Recht steht über polnischem Recht, rechtliche Vereinheitlichung	6 %
fehlende Gleichheit Polens gegenüber anderen EU-Ländern, Dominanz der alten EU-Länder, die Integration ist nur für die größten, reichsten EU-Länder von Vorteil, schwache Position Polens in der EU	2 %
Verschärfung der Vorschriften zum Umweltschutz, zu große Anforderungen in diesem Bereich, Klimapakete, sie wollen das Rauchen verbieten, Energiepolitik der EU, Widerstand im Bereich der Schiefergasförderung	1 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Was sind die Minuspunkte der Mitgliedschaft Polens in der EU? (häufigste Antworten)
(Fortsetzung)

Landwirtschaft

Probleme der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduzenten: niedrigere Zuzahlungen für Landwirte, hohe Preise für Düngemittel, Produktionsgrenzen in der Landwirtschaft, Sanktionen bei Überschreitung der Grenzen, restriktive Vorschriften für Lebensmittelproduzenten	6 %
---	-----

Wirtschaft und Lebensbedingungen

nachteilige wirtschaftliche Folgen: Abhängigkeit der Wirtschaft, Abstieg der Wirtschaft, fremdes Kapital, Aufkaufen von Betrieben durch Großunternehmen, Kaputtmachen kleiner Geschäfte, großer Import, Polen ist eine Kolonie des reichen Europa	5 %
schlechte Lebensbedingungen, hohe Unterhaltskosten: Preisanstieg, niedrige Einkommen, Pensionen, Renten, Armut, Ungleichheit, schlechte Sozialpolitik	5 %
Arbeitslosigkeit, fehlende Arbeit, fehlende Arbeit für die jüngere Generation	4 %
die Perspektive der Einführung des Euro, Notwendigkeit der Einführung des Euro	3 %
zu wenig freier Markt, Interventionen in die Wirtschaft, Limits, blockierter Absatzmarkt für polnische Produkte, Begrenzung des Handels, Begrenzung in der wirtschaftlichen Entwicklung	2 %
Unterschiede des Lebensniveau zwischen Polen und der EU, Kluft bei den Löhnen, niedrige Einkommen, Preise der EU	2 %
Erwerbsemigration der Polen und deren schlechte Folgen	1 %

Bedrohung für die Tradition, Sitten, Kultur

Bedrohung für die Tradition, Sitten, Kultur: Aufdrängen der linken Propaganda, Legalisierung homosexueller Ehen, Bemühungen, Drogen zu legalisieren, Einmischung in die Kindererziehung	2 %
Immigration, Islam in Europa, Rumänen, Zustrom von Ausländern	1 %

Finanzielle Folgen der Integration

hohe Kosten, Mitfinanzieren des EU-Budgets, Notwendigkeit, Beiträge zu zahlen, finanzielle Unterstützung für EU-Staaten, die in einer Krise versinken	2 %
Verschuldung des Landes, der Städte, der Regionen	1 %
Angst, dass man die EU-Zuzahlungen zurückzahlen muss, Notwendigkeit, die EU-Gelder zurückzuzahlen: Sie nehmen unser Geld und unsere Kinder müssen an sie zurückzahlen.	1 %
schwache Ausnutzung von EU-Geldern, unkorrekte Abrechnung der EU-Fonds, Strafen für die Nicht-Nutzung von Geldern	1 %

Andere

Nachteilige Folgen im Zusammenhang mit dem internationalen Engagement, Beteiligung an Militärmissionen	1 %
Probleme in anderen Lebensbereichen	1 %

Allgemein ausgedrückte Enttäuschung und fehlendes Vertrauen in die EU: nicht eingehaltene Versprechen	1 %
---	-----

ich sehe keine Minuspunkte; positive Meinung über die EU	1 %
schwer zu sagen	28 %

Quelle: CBOS Nr. 52/2014: 10 lat członkostwa Polski w Unii Europejskiej [10 Jahre Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2014.

15. April – 5. Mai 2014

15.04.2014	Nach dem Treffen der EU-Verteidigungsminister und des NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen in Luxemburg aus Anlass der Krise zwischen Russland und der Ukraine teilt Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak mit, dass Polen mit den USA über eine deutliche Präsenz der US-amerikanischen Luftwaffe in Polen im Gespräch sei. Des Weiteren sagt Siemoniak, die wachsende Bedrohung sollte vielen Regierungen zu denken geben. Einige Jahre habe das Gefühl geherrscht, dass es keine Bedrohung gebe, und aufgrund der Finanzkrise seien die Verteidigungshaushalte reduziert worden. Seiner Ansicht nach müsse nun mit einer Wende gerechnet werden.
16.04.2014	Die Europäische Kommission beschließt, beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eine Klage gegen Polen wegen Nichteinhaltung der EU-Rechtsvorschriften über fluoridierte Treibhausgase einzureichen.
17.04.2014	Ministerpräsident Donald Tusk spricht angesichts der politisch-militärischen Krise zwischen Russland und der Ukraine mit NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen über eine Verstärkung der militärischen Bereitschaft der NATO in den ostmitteleuropäischen und baltischen Ländern.
18.04.2014	Staatspräsident Bronisław Komorowski thematisiert mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, die Vereinbarungen, die in Genf am Vortag zwischen den Außenministern der Ukraine, Russlands, der USA und der EU-Außenbeauftragten zur Deeskalation des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland beschlossen wurden. Komorowski betont die Bereitschaft Polens, weitere Experten zur Beratung der Reformen auf der Ebene der Selbstverwaltung in die Ukraine zu entsenden.
19.04.2014	In Warschau findet die zentrale Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Ausbruchs des Ghettoaufstandes gegen die deutschen Besatzer vor 71 Jahren statt.
22.04.2014	In einem Beitrag für die Tageszeitung »Financial Times« ruft Ministerpräsident Donald Tusk die EU-Mitgliedsländer auf, eine Energieunion aufzubauen und stellt die Hauptpunkte für eine solche vor. Die Abhängigkeit Europas von russischen Energielieferungen verursache die Schwäche Europas. Tusk unterstreicht außerdem, dass für die östlichen EU-Mitgliedsländer wie Polen Kohle ein Synonym für Energiesicherheit sei. Es dürfe einem Land weder der Verzicht auf Kohleabbau noch die Förderung vorgeschrieben werden.
23.04.2014	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki stellt das von der Regierung verabschiedete Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes 2014–2020 vor. Das Programm liegt der Europäischen Kommission bereits vor und wird im Laufe von sechs Monaten verhandelt. Insgesamt sind 13,51 Mrd. Euro vorgesehen, wovon der Eigenanteil Polens 4,91 Mrd. Euro beträgt. Das größte Budget ist für die Wettbewerbsfähigkeit und Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorgesehen, gefolgt von Ausgaben für Umwelt- und Klimaschutz in der Landwirtschaft.
24.04.2014	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote im März 2014 13,5 % (2,18 Mio.) im Vergleich zu 13,9 % im Vormonat.
25.04.2014	Ministerpräsident Donald Tusk stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin den Vorschlag Polens vor, eine europäische Energieunion zu begründen, deren Ziel die Unabhängigkeit der EU von russischen Gaslieferungen ist. Merkel signalisiert die grundsätzliche Unterstützung Deutschlands; eine deutsch-polnische Arbeitsgruppe wird sich mit den Details befassen. Zuvor hatte Tusk den Vorschlag bereits dem französischen Staatspräsidenten François Hollande und dem EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy vorgestellt.
26.04.2014	Außenminister Radosław Sikorski tritt Vorwürfen des Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kazcyński, entgegen, dass die Regierung keine Anstrengungen unternehme, die polnische Geisel aus der Geiselhaft der prorussischen Separatisten in der Ostukraine zu befreien. Der polnische Offizier gehört einer OSZE-Militärdelegation mit weiteren Vertretern aus Deutschland, Dänemark, Schweden, Tschechien und der Ukraine an, die im ostukrainischen Slawjansk von Separatisten am Vortag gefangen genommen worden war.
27.04.2014	Der im Jahr 2005 verstorbene Papst Johannes Paul II. (Karol Wojtyła, 1978–2005 Papst) wird gemeinsam mit Papst Johannes XXIII. (Giuseppe Roncalli, 1958–1963 Papst) von Papst Franziskus heilig gesprochen.
28.04.2014	Die Regierung ratifiziert die Europaratskonvention gegen Gewalt gegen Frauen, die bereits Ende 2012 unterzeichnet wurde. Der Ratifizierung ist eine Erklärung beigefügt, dass die europäische Konvention in Übereinstimmung mit der polnischen Verfassung umgesetzt und keine Verfassungsänderungen nach sich ziehen wird.

29.04.2014	Ministerpräsident Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) verwahrt sich gegen die Anschuldigung, dass der Liberal-Demokratische Kongress (Kongres Liberalno-Demokratyczny – KLD), dessen Vorsitz Tusk Anfang der 1990er Jahre innehatte, einen Kredit von der CDU angenommen habe. Der Vorwurf wurde von Paweł Piskorski, ehemaliger PO-Politiker und vorher Generalsekretär der KLD, in seinem Buch und in einem Interview mit dem Wochenmagazin »Wprost« erhoben.
30.04.2014	Der Pressesprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Artur Hofman, fordert, dass Ministerpräsident Donald Tusk vor dem Sejm eine Erklärung zu den Vorwürfen abgeben müsse, dass der Liberal-Demokratische Kongress (Kongres Liberalno-Demokratyczny – KLD), dessen Vorsitz Tusk Anfang der 1990er Jahre innehatte, einen Kredit von der CDU angenommen habe. Das Dementi Tusks vom Vortag in den Medien reiche nicht aus. Jarosław Gowin, Vorsitzender von Polen Gemeinsam (Polska Razem), fordert eine Klärung entweder vor einem Untersuchungsausschuss oder vor Gericht.
01.05.2014	Der Vorsitzende des Gesamtpolnischen Gewerkschaftsbundes (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych – OPZZ), Jan Guz, der Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, nehmen an einem Umzug aus Anlass des Tages der Arbeit in Warschau teil. Die Organisatoren schätzen die Zahl der Teilnehmer auf zirka 7.000, die Ordnungskräfte sprechen von zirka 3.000 Personen.
03.05.2014	Bei der zentralen Feier zum Nationalfeiertag der Verfassung vom 3. Mai (1791) in Warschau unterstreicht Staatspräsident Bronisław Komorowski, dass es in dem Teil der Welt und Europas, in dem Polen liege, keine Freiheit ohne Fortschrittlichkeit gebe. Wer in Selbstzufriedenheit verharre, verurteile sich selbst und sein Land zum Verlierer im fortwährenden Konkurrenzkampf der Menschen, Nationen und Staaten.
04.05.2014	Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Jacek Sońta, teilt mit, dass der polnische Offizier, der als Angehöriger einer OSZE-Militärdelegation zusammen mit weiteren Vertretern aus Deutschland, Dänemark, Schweden, Tschechien und der Ukraine im ostukrainischen Slawjansk von prorussischen Separatisten in Geiselhaft genommen worden war, freigelassen wurde und auf dem Weg nach Polen ist. Außenminister Radosław Sikorski betont, dass die Betroffenen als internationale Beobachter in einer offiziellen Mission nicht in Geiselhaft hätten genommen werden dürfen. Dies zeige, dass die von Russland gesponserten Terroristen die internationalen Regeln nicht respektieren würden.
05.05.2014	Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz bezeichnet in einem Radiointerview den bewaffneten Konflikt in der Ukraine zwischen ukrainischen Kräften und prorussischen Separatisten als Bürgerkrieg, der von einem Nachbarstaat unterstützt werde. Zwar werde der Konflikt in Polen mit größter Besorgnis beobachtet, es bestehe aber keine Gefahr für die öffentliche Ordnung und den Schutz der Grenzen Polens.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/polen/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter <www.laender-analysen.de/polen>

Kostenloses Abonnement unter <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf <bpb.de>



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2014 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen